

Sozialpolitische Leitlinien

Für selbstbestimmte Teilhabe und Chancengleichheit.
Gegen soziale Spaltung und Ausgrenzung.





**Gestern arm, heute
arm, morgen arm.**

Armutsspirale stoppen!

Ob jung, ob alt: Armut im Alter geht uns alle an

Mit großem sozialpolitischen Engagement kämpfen wir in Politik und Öffentlichkeit für die nachhaltige Bekämpfung von Armut. Treten auch Sie ein für einen zukunftsfähigen, solidarischen und gerechten Sozialstaat – und unterstützen Sie unsere Arbeit mit Ihrer Mitgliedschaft.

www.sovd-hh.de

Sozialverband Deutschland
Landesverband Hamburg

SOVD

VORWORT



Der SoVD ist eine starke Gemeinschaft und eine gestaltende Kraft in Hamburg. Mit über 23.000 Mitgliedern sind wir der größte und leistungsstärkste Sozialverband in der Stadt. Wir verstehen uns als Sprachrohr für alle benachteiligten Menschen und werden uns mit unseren sozialpolitischen Leitlinien stärker als bisher einmischen.

Der Sozialstaat ist eine der wichtigsten Errungenschaften unserer Gesellschaft. Er ist unverzichtbare Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg der Bundesrepublik und immer wichtiger für den sozialen Zusammenhalt. Ein „Weiter so“ oder „Zurück zu alten Misständen“ darf es nicht geben: Staatliche Investitionen müssen wir jetzt nicht nur für unsere Wirtschaft, sondern auch für den Klimaschutz, die Sozial- und Gleichstellungspolitik konsequent nutzen. Wir wollen, dass das Gemeinwohl zur Maxime des politischen Handelns wird.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie schnell uns eine Naturkatastrophe treffen und wie fragil unser System sein kann. Gleichzeitig haben wir festgestellt, wie leistungsstark unsere Volkswirtschaft ist und wie schnell Mittel bereitgestellt werden können. Auch dieses Ereignis hat noch einmal deutlich gemacht, dass der Sozialstaat bezahlbar und zukunftsfähig ist. Dafür brauchen wir einen von allen wesentlichen Kräften getragenen gesellschaftlichen Grundkonsens.

Maßstab ist für uns die gesicherte Teilhabe an der Gesellschaft. Wir setzen uns ein für eine soziale Ordnung, die Solidarität, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit zum Ziel hat. Die Verwirklichung dieser Ziele muss stets an den Bedürfnissen der Menschen orientiert sein und im Mittelpunkt des Handelns von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stehen.

Unsere vorliegenden Leitlinien enthalten Forderungen und Positionen, die in die Programmatiken der Parteien einfließen und ihren Niederschlag in Regierungshandeln finden sollen. Längerfristig verbinden wir mit diesen Leitlinien die Absicht, soziales und am Gemeinwohl orientiertes Denken und Handeln zu beleben, den dafür notwendigen gesellschaftlichen Grundkonsens anzustoßen und zu festigen. In diesem Sinne versteht sich die Veröffentlichung auch als Diskussionsangebot an die Politik und alle gesellschaftlichen Kräfte.

Ein mitglieder- und finanzstarker Sozialverband SoVD in Hamburg kann mehr erreichen. Deswegen wünschen wir uns, dass ganz viele Menschen den Weg zu uns finden, um die Ziele des SoVD mit uns umzusetzen. Unsere Sozialrechtsberatung und -vertretung steht dabei allen Mitgliedern gleichermaßen offen.

Hamburg, im November 2020



Ihr Klaus Wicher

1. Landesvorsitzender SoVD Hamburg

WIR ÜBER UNS

Der SoVD Hamburg ist ein gemeinnütziger Verein in dem mehr als 23.000 Mitglieder organisiert sind. Insgesamt zählt der SoVD-Bundesverband über 600.000 Mitglieder. Bereits seit mehr als 100 Jahren setzt sich der SoVD in Politik und Öffentlichkeit für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit ein.

Als Sozialverband orientieren wir uns an den Grundwerten sozialer Gerechtigkeit, der Beachtung der Menschenwürde und einer sozialen Marktwirtschaft, die einen Ausgleich von sozialen Notwendigkeiten und wirtschaftlichen Erfordernissen herstellt. Unser Ziel ist es, dass allen Menschen die gleichen Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht werden.



Interessenvertretung

Teilhabe an der Gesellschaft bedeutet für uns, dass Armut beseitigt und zukünftig verhindert wird. Wir engagieren uns unter anderem in den Bereichen Bildung, Soziales, Inklusion, Gleichstellung, Arbeitsmarkt- und Stadtentwicklung.

Als unabhängige sozialpolitische Interessenvertretung setzen wir uns ein für die Rechte benachteiligter sowie in Not geratener Men-

schen und verschaffen ihrer Stimme Gehör in Politik und Öffentlichkeit.

SoVD-Landeschef Klaus Wicher steht regelmäßig im Austausch mit politischen Entscheidungsorganen und rückt sozialpolitische Themen in den Fokus von Senat und Bürgerschaft. Zusätzlich engagiert sich der SoVD in wichtigen Bündnissen der Stadt und arbeitet gemeinsam mit Verbänden, Kirchen und zivilgesellschaftlichen Organisationen an der Entwicklung Hamburgs hin zu einer lebenswerten, sozial gerechten und zukunftsfähigen Metropole.

Hilfen im Sozialrecht

Nur, wer umfassend über seine Rechte informiert ist, kann sich auch selbst effektiv vor den Folgen sozialer Härte schützen: Unsere größte Stärke ist die kompetente, individuelle Sozialrechtsberatung und -vertretung.

In unserer Landesgeschäftsstelle in Barmbek beraten unsere Juristinnen und Juristen bedürftige und in Not geratene Menschen zu den Themen Rente und Pflege, bei Problemen mit der Kranken- oder Unfallversicherung, der Anerkennung von Behinderungen und bei Fragen zu SGB-II-Leistungen oder der Grundsicherung. Wenn nötig, werden unsere Mitglieder von den SoVD-Fachleuten in Widerspruchsverfahren oder bei Klagen vor den Sozialgerichten vertreten.



SoVD-Landesgeschäftsstelle in Hamburg-Barmbek

Immer in Ihrer Nähe

Damit die Wege zu uns kurz bleiben, gibt es in allen Hamburger Bezirken die Möglichkeit, sich von uns sozialrechtlich beraten zu lassen. Neben der Beratung in der Landesgeschäftsstelle in Barmbek sind unsere SoVD-Juristinnen und -Juristen an weiteren neun Standorten in der Stadt zu finden. Jedes SoVD-Mitglied kann jederzeit ohne Termin unser Angebot nutzen und sich beraten lassen.

Gemeinschaftsleben

Der SoVD Hamburg ist eine starke Gemeinschaft. Dazu gehört auch ein aktives Verbandsleben. In regelmäßigen SoVD-Talks und weiteren Veranstaltungen informieren wir ausführlich über Themen, die die Menschen in unserer Stadt wirklich betreffen, liefern Hintergrundinformationen und diskutieren Problemlagen sowie

Forderungen und Positionen mit der Politik. Auch der direkte Kontakt mit unseren Mitgliedern ist uns wichtig. Deshalb organisiert der SoVD Hamburg in Treffs und Ortsverbänden ein vielfältiges gemeinschaftliches Zusammensein im Stadtteil. Dort kann man sich persönlich austauschen, an geselligen Aktivitäten teilnehmen, politisch diskutieren und sich über viele Themen informieren.

Vorteile für Mitglieder

Als Mitglied unserer großen Solidargemeinschaft sind Sie nicht nur in sozialrechtlichen und sozialpolitischen Fragen gut beraten. Zusätzlich profitieren Sie von einer Vielzahl exklusiver Vorzüge und Vergünstigungen bei unseren bundesweiten Kooperationspartnern: ob Mieterverein oder ASB-Hausnotruf, Theater oder Hansa-Park, Hertz-Autovermietung, Lohnsteuerhilfe oder GBI-Bestattungsvorsorge.

INHALT

KERNFORDERUNGEN ... Seite 10



Für ein soziales, solidarisches
Hamburg ohne Armut ... Seite 12



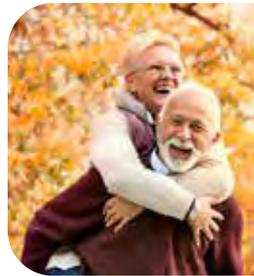
Für gute Arbeit und einen sozialen
Arbeitsmarkt ... Seite 15



Für eine zukunftsfähige, soziale
Mobilitätsoffensive ... Seite 26



Für gute Pflege und ein Gesundheits-
wesen nah am Menschen ... Seite 29



Für eine senioren
... Seite 33



Für eine Gleichstellung der
Geschlechter ... Seite 44



Für eine sozialverträgliche
Digitalisierung ... Seite 47



Für eine sozial-ökologische Wende
... Seite 19



Für eine nachhaltige, soziale
Stadtentwicklung ... Seite 22



gerechte Stadt



Für Inklusion und Barrierefreiheit
... Seite 36



Für starke Familien, Kinder und
Jugendliche ... Seite 40



Für demokratische Teilhabe ... Seite 51



Für eine sozial gerechte
Bundespolitik ... Seite 53

KERNFORDERUNGEN

Für ein soziales, solidarisches Hamburg ohne Armut

- Gleichberechtigte, selbstbestimmte Teilhabe aller an allen gesellschaftlichen Teilbereichen
- Grundlegende Strategien zur Bekämpfung und Verhinderung von Armut und sozialer Spaltung
- Situation in den Ämtern für Grundsicherung und Eingliederungshilfe dringend verbessern

Für gute Arbeit und einen sozialen Arbeitsmarkt

- Gute Arbeitsbedingungen, gute Löhne und mehr allgemeinverbindliche Tarifverträge
- Förderung von Berufsorientierung und -vorbereitung, Ausbildung, Studium und Weiterbildung
- Beschäftigungsgesellschaften weiter ausbauen und mehr bedarfsorientierte Beschäftigungsangebote für Langzeitarbeitslose schaffen

Für eine sozial-ökologische Wende

- Lasten des Gesellschaftswandels nicht auf Kosten einkommensschwacher Menschen verteilen
- Zusammenhänge zwischen Sozialstatus, Gesundheit, Umwelt- und Lebensqualität berücksichtigen

Für eine nachhaltige, soziale Stadtentwicklung

- Pro Jahr mindestens 5.000 bezahlbare, barrierefreie Sozialwohnungen im ersten Förderweg
- Kein Verkauf städtischer Grundstücke und Wohnungen
- Unterkunfts- und Wohnungsnotlagen verhindern

Für eine zukunftsfähige, soziale Mobilitätsoffensive

- Bedarfe von Zu-Fuß-Gehenden berücksichtigen und unübersichtliche Gefahrenlagen vermindern
- Mobilität für alle sicherstellen durch Sozialticket und freie Fahrt im ÖPNV für finanziell Bedürftige

Für gute Pflege und ein Gesundheitswesen nah am Menschen

- Individuelle Gesundheitskompetenz und gesundheitsfördernde, präventive Angebote stärken
- Re-Kommunalisierung der Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sowie Steigerung von Versorgungsqualität und Investitionen in Einrichtungen und Fachkräfteausbildung
- Pflegenotstand entgegenwirken und würdevolle Pflege gewährleisten sowie Zugang zum Pflegeberuf erleichtern und Entlohnung aufwerten

Für eine seniorengerechte Stadt

- Monatlicher Zuschlag zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung gemäß SGB XII
- Teilhabekarte für einkommensschwache ältere Menschen einführen und kostenfreien Zugang zu Kultur-, Freizeit- und Sportangeboten der Stadt gewähren
- Quartierzentren für eine integrierte Altenhilfe aufbauen

Für Inklusion und Barrierefreiheit

- Gesellschaftliche Anerkennung und Wertschätzung von Menschen mit Behinderungen vorantreiben und gleichberechtigte, selbstbestimmte und barrierefreie Teilhabe ermöglichen
- Diskriminierungsfreie medizinische Gesundheitsversorgung sicherstellen

Für starke Familien, Kinder und Jugendliche

- Bessere Förderung und Unterstützung für einkommensschwache Familien, Kinder und Jugendliche
- Kinderbetreuungsangebote flächendeckend ausbauen und achtstündige Kostenfreiheit sichern
- Empfehlungen der Enquete-Kommission „Kinderschutz und Kinderrechte“ zeitnah umsetzen

Für eine Gleichstellung der Geschlechter

- Geschlechtergerechtigkeit als Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben anerkennen
- Aufwertung und faire Honorierung der Arbeit, die überwiegend von Frauen geleistet wird

Für eine sozialverträgliche Digitalisierung

- Digitalisierung als allumfassenden Struktur- und Lebenswandel denken und sozial gestalten
- Flächendeckende kostenfreie Ladestationen und WLAN-Hotspots mit höchstmöglichem Datenschutz
- Dienstleistungen von Ämtern und Behörden sowohl digital als auch verlässlich vor Ort gewährleisten

Für demokratische Teilhabe

- Mehr Dialog zwischen Senat und den Hamburgerinnen und Hamburgern
- Neuauflage der Deputationen und mehr Mitsprache der Zivilgesellschaft

Für eine sozial gerechte Bundespolitik

- Solidarische Steuerreform nach dem Grundsatz „starke Schultern müssen mehr als schwache tragen“
- Kinderrechte in Grundgesetz und Landesverfassung verankern und Kindergrundsicherung einführen
- Sozialversicherungen in solidarische Bürgerversicherungen umwandeln



Für ein soziales, solidarisches Hamburg ohne Armut

Unser Hamburg

- 7 Bezirke – 104 Stadtteile – 181 Ortsteile
- 1.899.160 Hamburgerinnen und Hamburger:
 - 683.242 mit Migrationshintergrund
 - 237.200 empfangen Sozialleistungen
 - 339.949 sind armutsgefährdet – das sind 17,9 Prozent
 - 42.000 Millionärinnen und Millionäre
 - 994 Einkommensmillionärinnen und -millionäre
 - 18 Milliardärinnen und Milliardäre
- 1.145 Euro beträgt die Armutsgefährdungsschwelle
- 4.365 Euro beträgt der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst

Sozialen Zusammenhalt stärken

Hamburg: Stadt der Vielfalt, Freiheit und Chancen – Heimathafen und Tor zur Welt. Unabhängig von Aussehen, Glauben und Weltanschauung, Alter, Geschlecht, Behinderung, sozialer Herkunft oder sexueller Orientierung: zusammen sind wir die Freie und Hansestadt – jede und jeder Einzelne ist Teil unserer großen Gemeinschaft, niemand darf ausgeschlossen werden! Deshalb treten wir allen menschenfeindlichen Einstellungen und allen Arten von Diskriminierung mit ganzer Kraft und Überzeugung entgegen. Wir setzen uns ein für soziale Gerechtigkeit und Solidarität, für einen demokratischen Rechtsstaat und eine starke Zivilgesellschaft. Alle sollen die gleichen Chancen auf ein gutes, menschenwürdiges Leben haben. Zentrale Voraussetzung dafür ist die Wertschätzung und Anerkennung von Vielfalt sowie die Schaffung und Förderung von Teilhabe.

Wir fordern die gleichberechtigte, selbstbestimmte Teilhabe aller Menschen an allen gesellschaftlichen Teilbereichen.

Sexuelle und geschlechtliche Differenz anerkennen und Rechte stärken

In unserer Gesellschaft greifen immer noch alte Denkmuster gegenüber lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*, inter* und queeren (LSB-TIQ*) Menschen. Feindliche Gesinnungen und Vorurteile bestehen nach wie vor. Politik und Öffentlichkeit müssen sensibilisiert werden, damit wir alle in Vielfalt frei, gleichberechtigt und selbstbestimmt leben können.

Wir fordern gleiche Rechte und Respekt für LSBTIQ*-Personen.

Armut und soziale Spaltung bekämpfen

Fast 340.000 Hamburgerinnen und Hamburger

sind armutsgefährdet oder leben in Armut, das entspricht etwa einem Fünftel der Bevölkerung. Eine bestehende Grauzone ist dabei nicht mit einbezogen. Mehr als 237.000 Menschen waren Ende 2018 in Hamburg teilweise oder vollständig auf existenzsichernde Sozialleistungen angewiesen. Die Stadt braucht eine Politik, die wirksamer darauf hinwirkt, Armut und soziale Spaltung zu bekämpfen. Es geht darum, sozialen Zusammenhalt und Integration zu fördern – durch Erhöhung von Chancengleichheit und Teilhabe. Der SoVD fordert einen Aktionsplan gegen Armut in Hamburg. Denn Betroffene erleben mit großer Härte, was es bedeutet, wenn die Mittel für das Nötigste nicht reichen.

Wir fordern, dass die Politik der Förderung sozialer Teilhabe und der Verhinderung von Armut einen merklich größeren Stellenwert einräumt.

Wichtig ist es, die Zivilgesellschaft in die Entwicklung, Umsetzung und Evaluation dieses Aktionsplans gegen Armut aktiv einzubinden.

Wir fordern alle zwei Jahre einen Armuts- und Reichtumsbericht und eine regelmäßige Sozialberichterstattung.

Hierzu gehört auch, eine vollständige Datenlage zum Thema Armut und Reichtum in Hamburg zu schaffen. Nur, wenn wir die Lebenslagen der Menschen in unserer Stadt genau kennen, können wir für sozialen Ausgleich sorgen, sozialer Spaltung entgegenwirken sowie Armut bekämpfen und verhindern. Hierfür brauchen wir eine grundlegende Strategie.

Wir fordern ein ressort- und behördenübergreifendes Maßnahmenkonzept gegen Armut und soziale Spaltung.

Die Corona-Pandemie hat die Lebenssituation von Menschen, die in Armut leben, zusätzlich verschärft. Deshalb bedarf es effektiver Maßnahmen, um finanzielle Engpässe abzufedern und Teilhabe zu ermöglichen. Diese Maß-

nahmen sind gemeinsam mit den relevanten sozialpolitischen Akteuren zu diskutieren, zu entwickeln und umzusetzen.

Angemessenheitsgrenzen für Bruttokaltmieten anpassen

Für Menschen, deren eigenes Einkommen und Vermögen nicht zum Leben reicht, werden die Kosten für Unterkunft und Heizung übernommen. Allerdings müssen diese in einem von der Stadt definierten angemessenen Rahmen bleiben. Ist dies nicht der Fall, müssen die Kosten, beispielsweise durch Untervermietung, gesenkt werden. In vielen Fällen bleibt den Betroffenen nur der Umzug, der dann auch noch aus eigenen Mitteln getragen werden muss.

Wir fordern eine regelmäßige Anpassung der Angemessenheitsgrenzen für Bruttokaltmieten an das reale Hamburger Mietniveau. Das zuständige Amt muss den Nachweis über preiswerten Wohnraum in angemessener Lage erbringen.

Energie- sowie Wassersperren verhindern und Sozialtarife einführen

Aufgrund von Zahlungsrückständen droht jährlich tausenden Menschen die Abschaltung von Strom, Gas, Fernwärme und Wasser. In zahlreichen Fällen wird die Drohung umgesetzt – eine schwerwiegende Beeinträchtigung für die Betroffenen und ihre Familien.

Wir fordern, Versorgungssperren für private Haushalte zu verhindern.

Beratungsangebote (zum Beispiel Energie- und Schuldnerberatung) sollten ausgeweitet und neue Härtefallregelungen eingeführt werden. Eine Clearingstelle der Stadt könnte für einen moderierten Dialog zwischen Verbrauchenden und Versorgungsunternehmen sorgen – und zwar frühzeitig, bevor es zur Sperrung kommt.

Im Einzelfall müssen fällige Zahlungen von der Stadt vorgestreckt werden. Darüber hinaus ziehen auch die Preise für Energie und Wasser an. Mit diesen steigenden Kosten sind vor allem Menschen mit geringem Einkommen oftmals überfordert.

Wir fordern Sozialtarife für Strom, Gas, Fernwärme und Wasser sowie eine Clearingstelle.

Verbesserung der (Personal-) Ausstattung in den Ämtern

Die schon vor der Krise zutage getretenen Probleme in den Ämtern der Grundsicherung und Eingliederungshilfe sollten schnell behoben werden. Ganz oben auf der Agenda stehen die Beseitigung des Personalmangels und die Lösung der Probleme mit dem neuen EDV-System. Die Gründe für den aktuellen Misstand sind offenbar auch in der unattraktiven Bezahlung und den Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden zu suchen. Hier muss es im Zusammenwirken mit den Gewerkschaften zeitnah zu Verbesserungen kommen. Zusätzliche Ausbildungsplätze könnten helfen, den – bereits absehbaren – zukünftigen Bedarf abzudecken. Die eingesetzte Taskforce muss regelmäßig berichten.

Wir fordern, die Situation der Ämter für Grundsicherung und Eingliederungshilfe zu verbessern.

Verbesserung der Personalausstattung in der Sozialgerichtsbarkeit

Die Sozialgerichtsbarkeit hat für viele Menschen eine existenzsichernde Bedeutung. Daher ist auf deren Funktionstüchtigkeit besonderen Wert zu legen. Ihre Kapazität muss den erhöhten Anforderungen in und nach der Krise sachlich und personell angepasst werden.

Wir fordern einen Ausbau der Kapazitäten der Sozialgerichte.



Für gute Arbeit und einen sozialen Arbeitsmarkt

- 1.013.760 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Hamburg
- 84.131 arbeitslos gemeldete Menschen in Hamburg,
- 48.787 davon im SGB-II-Bezug
- 23.142 langzeitarbeitslose Menschen in Hamburg,
- 19.601 davon im SGB-II-Bezug

Gute Arbeit, gute Arbeitsbedingungen und gute Qualifizierung realisieren

In den letzten Jahren ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Hamburg kontinuierlich gestiegen. Viele Menschen können dennoch nicht von ihrer Arbeit leben, weil die Zahl der atypischen bzw. prekären Beschäftigung dramatisch zugenommen hat.

Wir fordern, Bedingungen dafür zu schaffen, dass Hamburgs Wirtschaft sozial und nachhaltig wachsen kann. Die Bürgerinnen und Bürger müssen daran teilhaben und davon profitieren.

Gute Arbeit und gute Arbeitsbedingungen für alle Erwerbstätigen ist eins der Ziele des SoVD in Hamburg. Damit das gelingt, muss die prekäre und atypische Beschäftigung in Form von Leiharbeit, Befristungen, missbräuchlichen Werkverträgen, Mini- und Midijobs zurückgedrängt werden. Auf sachgrundlose Befristungen muss verzichtet und Befristungen mit Sachgrund müssen deutlich reduziert werden. Leiharbeit, Mini- und Midijobs sollten nur in Ausnahmefällen, wenn es der Aufgabenerfüllung dient, zugelassen sein. Umwandlungen prekärer Arbeitsverhältnisse in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung müssen stärker gefördert werden. Gute Arbeit setzt voraus, das Arbeits- und Gesundheitsschutz beachtet werden.

Wir fordern, gute Arbeit und gute Arbeitsbedingungen zu realisieren.

Berufliche Qualifizierung und Fachkenntnisse sind von zentraler Bedeutung für eine weiterhin stark aufgestellte Hamburger Wirtschaft – über alle Branchen, Betriebe und Beschäftigten hinweg. Deshalb müssen die Möglichkeiten, sich über den zweiten Bildungsweg beruflich zu qualifizieren ausgeweitet und leichter zugänglich gemacht werden. Außerdem ist es dringend erforderlich, die Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) als eigenständigen und unabhän-

gigen Anbieter von politischer Weiterbildung des zweiten Bildungsweges zu stärken und ihre Finanzierung zu sichern.

Wir fordern, alle Formen der Förderung auszuweiten – von der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung über die berufliche Ausbildung oder das Studium hin zur Weiterbildung.

So lässt sich der Bedarf der Unternehmen und Betriebe an qualifizierten Beschäftigten sichern.

Gute Löhne und 13 Euro Mindestlohn durchsetzen

Arbeit muss angemessen bezahlt werden. Alle Erwerbstätigen verdienen für ihre Tätigkeit gute Löhne und Gehälter.

Wir fordern die Parteien in Bürgerschaft und Senat auf, sich für die zeitnahe Durchsetzung eines Mindestlohns von 13 Euro stark zu machen.

Weiterhin sollte jedes Jahr der Mindestlohn in Höhe der allgemeinen Lohn- und Gehaltssteigerungen angepasst werden. Im Bund sollten sich Bürgerschaft und Senat aktiv für die Umsetzung dieses Mindestlohns einsetzen. Gute Löhne kann es nur geben, wenn in allen Branchen Tarifverträge bestehen und alle Möglichkeiten genutzt werden, diese für allgemeinverbindlich zu erklären.

Wir fordern gute Löhne und mehr allgemeinverbindlich geltende Tarifverträge.

Integration von Langzeitarbeitslosen in Beschäftigung und Erwerbsarbeit fördern

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen in Hamburg ist seit vielen Jahren auf einem sehr hohen Niveau, ohne dass eine merkliche Trendwende eingetreten ist. Von 2009 bis heute waren bis zu 24.000 Menschen betroffen. Ihre beruflichen

Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt sind gering. Wenn sie den Sprung aus der Arbeitslosigkeit schaffen, landen sie zumeist unsanft in prekärer Beschäftigung, oftmals im Niedriglohnssektor. Nach Angaben des Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) gibt es zudem einen „Drehtüreffekt“ zwischen den beiden Armutsbereichen.

Die Chancen langzeitarbeitsloser Menschen sind auch deswegen so gering, weil diese Gruppe gleich mit mehreren sogenannten Eingliederungshemmnissen zu kämpfen hat: Es fehlen Schulabschlüsse bzw. eine qualifizierte Berufsausbildung, oder die Schulabschlüsse sind zu niedrig, um eine dauerhafte, den Lebensunterhalt sichernde Beschäftigung zu finden. Hinzu kommen gesundheitliche und familiäre Beeinträchtigungen, die sich hemmend auswirken.

Etwas Mut zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit macht das Teilhabechancengesetz der Bundesregierung, dass allerdings 2024 ausläuft. Das Instrument gibt den Agenturen für Arbeit und Jobcentern weitere Möglichkeiten an die Hand, arbeitsmarktferne, langzeitarbeitslose Menschen ohne bzw. ohne verwertbaren Berufsabschluss bei der Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu unterstützen.

Wir fordern, langzeitarbeitslose Menschen in Beschäftigung und Erwerbsarbeit zu integrieren.

Gleichwohl darf man sich nicht der Illusion hingeben, dass dies allein ausreicht, um diesen Menschen zu helfen, in den ersten Arbeitsmarkt zu gelangen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass dies einem bedeutenden Teil nicht gelingen wird.

Wir fordern, Beschäftigungsträger weiter zu unterstützen und den Ansatz mit der Quartiersentwicklung zu verbinden.

Beschäftigungsträger brauchen eine verlässliche Basisunterstützung, um ihren Fortbestand

nachhaltig zu sichern. Zusätzlich müssen sich neue Beschäftigungsträger gründen. Der Hamburger Senat sollte durch Ko-Finanzierung der Maßnahmen bei den Beschäftigungsträgern die Qualifizierung für den ersten Arbeitsmarkt finanziell fördern, aber auch konzeptionell unterstützen.

Sozialen Arbeitsmarkt auf- und öffentlichen Beschäftigungssektor ausbauen

Es ist unstrittig, dass viele langzeitarbeitslose Menschen mit den bestehenden Instrumenten der Arbeitsvermittlung keine Perspektiven haben, dass die Vermittlung oft länger dauert und dass Vermittlungsbemühungen nicht zu einer Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt führen. Diese grundlegende Einschätzung wird sich auch durch das Teilhabechancengesetz nicht ändern.

Die Corona-Pandemie hat die Situation auf dem ersten Arbeitsmarkt zusätzlich verschärft. Viele Arbeitnehmende aus dem Mittelstand haben ihren Job verloren und beziehen inzwischen Hartz IV. Für sie sollten besondere Angebote geplant werden. Gedacht ist insbesondere an Solo-Selbstständige, Kleingewerbetreibende und Kunst- oder Kulturschaffende, die von den Jobcentern betreut und gefördert werden müssen, wenn sie Hartz IV beziehen. Die Jobcenter verfügen allerdings nur über begrenzte Erfahrungen mit diesem Personenkreis, so dass zusätzliche Angebote der Stadt hierfür schnell bereitgestellt werden müssen. Entwicklungspotentiale können zusätzlich über Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) eingebracht werden.

Für Menschen mit Behinderung ist ein Sonderprogramm unter Einbeziehung von Bundesmitteln aufzulegen, um die Arbeitsaufnahme nachhaltig zu fördern. Hierfür ist die dauerhafte Sicherstellung von Beschäftigungsgesellschaften und deren Ausbau erforderlich.

Wir fordern, dass der Senat für Langzeitarbeitslose mehr Jobs in der öffentlichen Verwaltung und verbundenen Unternehmen bereitstellt.

Ein zusätzlicher sozialer Arbeitsmarkt – aus Hamburger Mitteln – sollte mindestens 3.000 Plätze umfassen und sozialversicherungspflichtige und tariflich gebundene Gehälter ermöglichen. Hierdurch könnten auch verstärkt quartiersbezogene Angebote eingerichtet und

gefördert werden. Qualifizierung und sozialpsychologische Begleitung müssen in diesem Sektor einen besonders hohen Stellenwert haben. Hierfür und für die Begleitung der Unternehmen müssen entsprechende Mittel bereitgestellt werden.

Wir fordern noch in dieser Legislaturperiode einen sozialen Arbeitsmarkt aus Hamburger Mitteln, der mindestens 3.000 Plätze umfasst.



Für eine sozial-ökologische Wende

- 16.321.000 t effektive CO₂-Emissionen aus dem Hamburger Endenergieverbrauch 2017:
 - 22,80 Prozent durch Haushalte
 - 28,83 Prozent durch Verkehr
 - 21,34 Prozent durch Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und übrige Verbräuche
- 798.907 t von der öffentlichen Hamburger Müllabfuhr eingesammelte Abfälle 2018
- 692.999 t erzeugte Hamburger Sonderabfälle

Soziale Gerechtigkeit, Umwelt- und Klimaschutz zusammen denken

Weltweit, aber auch hier in Hamburg, erleben wir vermehrt Hitzewellen, Dürren und Überflutungen, die Zerstörung von Natur und Grünflächen. Nicht nur Armut und soziale Spaltung, sondern auch Klimawandel und Umweltbelastungen wirken sich negativ auf die Gesundheit und die Lebensqualität der Menschen aus. Maßnahmen zum Umweltschutz und gegen den Klimawandel sind notwendig, um unsere Lebensgrundlage zu erhalten – und wirken sich immer auch sozial aus.

Wir fordern, Sozial-, Umwelt- und Klimapolitik aufeinander abzustimmen und gleichberechtigt zu behandeln.

Der wachsende Problemdruck macht eine sozial-ökologische Wende notwendig, um der sozialen Spaltung sowie ungleichen ökologischen Belastungen entgegenzuwirken. Ökologische Veränderungen und der erforderliche Wandel unseres gesellschaftlichen Lebens sind nur sozial und ökologisch denkbar und umsetzbar.

Wir fordern eine sozial-ökologische Wende.

Auf diesem Weg diskutieren und kooperieren wir mit Umweltschutzverbänden und Klimaschutzinitiativen.

Wir fordern, die soziale Perspektive und sozialpolitische Maßnahmen in einen Klimaplan und ein Klimaschutzgesetz einzubeziehen und ein entsprechendes Monitoring einzuführen.

Einkommensstarke Menschen haben mehr und bessere Möglichkeiten, sich Umweltbelastungen zu entziehen als Ärmere. Obwohl sie mit ihrer Lebensweise Umwelt und Klima weniger beeinträchtigen als finanziell Bessergestellte, sind sie dennoch am stärksten von Umweltzerstörung und Klimawandel betroffen: Einkom-

mensschwache Menschen wohnen häufiger an Bahntrassen und verkehrsreichen Straßen, zum Beispiel entlang der sieben Hamburger Magistralen, den Haupttrouten für Autos und Lastkraftwagen oder in der Nähe von Gewerbegebieten, Industrie- und Hafenanlagen (wie in Rothenburgsort oder Billstedt). Wer dort lebt, ist Luftschadstoffen und Lärm verstärkt ausgesetzt.

Anders als finanziell besser Gestellte können sich arme Menschen den immer noch teureren Konsum von biologisch, klimaneutral und fair produzierten Waren und Dienstleistungen nicht erlauben, da sie den Großteil ihres Einkommens für den täglichen Bedarf oder die Miete ausgeben müssen. Teilweise sind sie genötigt, Produkte und Dienstleistungen zu konsumieren und zu gebrauchen, die billig und günstig, aber dafür kaum nachhaltig und nur kurzlebig sind. Beispiele sind die finanziell schwierige Anschaffung von modernen, energiesparenden Geräten, wie Kühlschränken und Waschmaschinen. Die Folge ist dann wenig ressourcenschonender regelmäßiger Ersatzkonsum.

Wir fordern, Menschen dabei zu unterstützen, ihre Lebensweise solidarisch auf ökologische und klimatische Nachhaltigkeit auszurichten.

Eine Wende kann nur zusammen und mit den Menschen gelingen. Hierfür sind positive Anreize, Bildungsangebote und Aufklärung nötig.

Die Kosten für den sozial-ökologischen Umbau treffen auf ungleich verteilte Einkommen und Vermögen. Denn sowohl der Klimawandel an sich als auch die Maßnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz ziehen sozial ungleiche Folgen für die Menschen nach sich, wenn sich lebensnotwendige Güter wie Nahrung, Wohnen oder Mobilität verteuern.

Wir fordern, die Lasten der sozial-ökologischen Wende gerecht zu verteilen und für sozialen Ausgleich zu sorgen.

Im Zusammenspiel mit der Sozialpolitik können Umwelt- und Klimapolitik die soziale Spaltung und Armutsrisiken bekämpfen sowie die Lebensbedingungen der Menschen verbessern.

Wir fordern, die Zusammenhänge zwischen Sozialstatus, Gesundheitsbelastungen, Umwelt- und Lebensqualität in den Blick zu nehmen.

Sogar im Hamburger Sommer gibt es immer wieder längere Hitzeperioden, die Mensch und Umwelt beeinträchtigen. Gerade die schwächsten Gruppen unserer Gesellschaft, nämlich Ältere und Pflegebedürftige sowie obdachlose und wohnungslose Menschen, spüren die Auswirkungen der Hitze unmittelbar. Ganz entscheidend ist es, dass auf Hilfe Angewiesene

bei Wärme genügend trinken und sich in temperierten Räumen aufhalten können, um nicht zu dehydrieren und gesundheitliche Schäden davonzutragen.

Wir fordern Hitzepläne, die Maßnahmen der Versorgung mit ausreichend Flüssigkeit und Kühlmöglichkeiten enthalten.

Einrichtungen müssen verpflichtet werden, pflegebedürftige Menschen durch geeignete Maßnahmen vor den negativen Auswirkungen der Hitze zu schützen. Obdachlose und wohnungslose Menschen müssen die Möglichkeit haben, sich an öffentlich und niedrighellig zugänglichen Orten stets mit Trinkwasser zu versorgen und vor der Hitze zu schützen.



Für eine nachhaltige, soziale Stadtentwicklung

- 254.661 Wohngebäude in Hamburg
- 966.164 Wohnungen in Hamburg,
- 77.491 davon sind Sozialwohnungen
- Baugenehmigungen in Hamburg:
 - 11.632 Wohnungen (Neubau und Baumaßnahmen)
 - 1.545 Wohngebäude (Neubau)
- Baufertigstellungen in Hamburg:
 - 9.805 Wohnungen (Neubau und Baumaßnahmen)
 - 1.900 Wohngebäude (Neubau)

Sozialen Wohnraum planen, genehmigen, bauen und bereitstellen

Die zunehmende Wohnungsnot hat sich zu einem der brisantesten sozialen Probleme in Hamburg entwickelt. Es fehlt dringend an bezahlbarem Wohnraum, besonders bei den Sozialwohnungen ist der Mangel groß. Der soziale Wohnungsbau muss Priorität für den Senat haben und vor allem durch städtische und genossenschaftliche Träger energisch wiederbelebt werden. Denn die Gesamtzahl der geförderten Wohnungen wird seit Jahrzehnten kleiner.

Wir fordern den Neubau von jährlich mindestens 5.000 barrierefreien Sozialwohnungen im ersten Förderweg.

Trotz Initiativen des Senats zur Schaffung von Wohnraum, ist dieses Ziel bei weitem noch nicht erreicht. Nur ein kräftiger Schub beim Neubau von Sozialwohnungen kann die Tendenz umkehren, dass mehr Wohnungen aus der Mietpreisbindung herausfallen als hinzukommen.

Wir begrüßen ganz ausdrücklich, dass städtische Grundstücke und Wohnungen nicht mehr verkauft werden sollen. Auf diesen Flächen müssen überwiegend Sozialwohnungen entstehen. Dies sollte auch für Wohnungsunternehmen und Unternehmen gelten, an denen die Stadt Mehrheitsbeteiligungen hält. Zusätzlich zum Neubau ist es dringend erforderlich, dass das Instrument der Mietpreisbremse erfolgreich eingesetzt wird. Initiativen zum schnellen Bebauen von privaten Grundstücken begrüßen wir. Dabei muss allerdings sichergestellt werden, dass übergeordnete und stadtplanerische Ziele weiterverfolgt werden können.

Der Bebauung der Magistralen muss angesichts zunehmender Betonierung, Bodenversiegelung und wegfallenden Grüns Grenzen gesetzt werden. Dies gilt insbesondere dort, wo sich das Stadtbild bisher historisch und kultu-

rell anders entwickelt hat. Um die geplanten Wohnungsbaukontingente zu erreichen, ist die Einbeziehung der Bezirke zu verändern: Nicht mehr ein Bezirk muss ein bestimmtes Kontingent erreichen, sondern alle zusammen. Auch in bevorzugten Wohngebieten muss es möglich sein, verstärkt Sozialwohnungen zu errichten.

Wir fordern keinen weiteren Verkauf städtischer Grundstücke und Wohnungen sowie eine neue Verteilung der Wohnungsbaulasten.

Seniorenrechten, bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum schaffen

Wer Seniorinnen und Senioren ein Leben in den eigenen vier Wänden ermöglichen will, muss deutlich mehr seniorenrechtliche Wohnungen bereitstellen. Denn in der Mehrheit lehnen ältere Menschen Senioreneinrichtungen ab.

Wir fordern seniorenrechten, bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum in den Quartieren.

Wohnraum und Unterstützung für Obdach- und Wohnungslose ausbauen

Damit sich die Lage von obdach- und wohnungslosen Menschen und auch die von Frauen und Kindern in Frauenhäusern verbessern kann, muss im Zuge des Wohnungsneubaus ein deutlicher Beitrag geleistet werden.

Wir fordern mehr Wohnraum für obdach- und wohnungslose Menschen. Sie müssen bei der Vergabe von Sozialwohnungen besonders berücksichtigt werden.

Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, empfehlen wir, die Fachstelle für Wohnungsnotfälle personell zu stärken. Denn die Betroffenen brauchen schnell und kurzfristige Hilfe. Dazu gehört vorrangig die Begleitung und präventive Intervention bei drohenden Zwangsräumungen.

Im Bereich der öffentlichen Unterbringung müssen ausreichend dezentrale Unterkünfte zur Verfügung stehen, die in Größe, Ausstattung und Zusammensetzung so gestaltet sein sollten, dass die Wohnatmosphäre auch einem erhöhten Infektions- und potenziellen Gewaltrisiko entgegenwirkt. Vor allem im Winterhalbjahr dürfen keine Engpässe an menschenwürdigen Wohnungen bzw. Übergangsunterkünften auftreten.

Wir fordern, dass in Unterkünfts- und Wohnungsnotlagen niemand abgewiesen werden darf.

Niederschwellige Angebote der Beratung, Hilfe und Unterbringung müssen dafür bedarfsgerecht ausgebaut werden. Das Winternotprogramm muss auch tagsüber zugänglich sein. Der Start- und Endzeitpunkt muss entsprechend den Witterungsbedingungen flexibel gehandhabt werden. Wichtig ist es außerdem, vor Ort Verpflegungsangebote zu organisieren.

Wohngeld anpassen und Einkommensgrenzen erhöhen

Mit Wohngeld als Miet- oder Lastenzuschuss werden einkommensschwache Hamburgerinnen und Hamburger bei ihren Wohnkosten unterstützt. Ziel ist es, dass sie sich die Mieten in der Stadt trotz hoher und steigender Wohnkosten leisten können.

Wir fordern die Erhöhung des Wohngelds und die Anpassung der Einkommensgrenzen, damit mehr Menschen die Hilfe in Anspruch nehmen können.

Bezirkliche Angebote und Nahversorgung erhalten sowie weiter ausbauen

Für Bürgerinnen und Bürger, die eine Behörde aufsuchen müssen, gibt es die bezirklichen Kundenzentren. Sie haben sich bewährt und werden wegen der kurzen Wege geschätzt. Einfache Anträge können mittlerweile auch online

gestellt werden. Das ist vor allem für ältere Menschen immer noch eine Herausforderung. Sie brauchen nach wie vor den direkten Kontakt, weil sie teils nicht über die technischen Mittel und Kenntnisse verfügen, um ihre Anliegen online zu erledigen.

Wir fordern Ämter und Behörden, die ihre Dienste digital, aber auch verlässlich vor Ort anbieten.

Kundenzentren dürfen nicht geschlossen werden, sonst würden die Wege weit und die Wartezeiten lang. Gerade für die ältere Generation, bewegungseingeschränkte Personen und Menschen mit Behinderung kann dies eine erhebliche Belastung bedeuten. Eine bürgerfreundliche Verwaltung muss auch bei fortschreitender Digitalisierung nahe an den Menschen bleiben.

Zu einem dichten Netz von Kundenzentren gehört zusätzlich auch ein mobiler Service. Angebote der Nahversorgung und der sozialen Versorgung, wie Post, Einkaufsmöglichkeiten, Kulturangebote, Cafés, Beratung oder kostenfreie Einkaufshilfen sind bei allen städtebaulichen Planungen zu berücksichtigen.

Wir fordern, die Nahversorgung vor Ort in den Stadtteilen zu erhalten.

Soziale Einrichtungen im Bezirk verlässlich finanzieren

Die Haushaltspolitik des Senats führt an vielen Stellen zu einer Bedrohung des sozialen Lebens in der Stadt. Der Quartiersfonds der Bürgerschaft hat in vielen Fällen geholfen, schwere Schäden in der sozialen Infrastruktur zumindest vorübergehend zu verhindern. Weitere Friktionen sind jedoch absehbar. Den sozialen und kulturellen Einrichtungen in den Stadtteilen ist mit einem Notventil, wie dem Quartiersfonds, nicht geholfen.

Wir fordern verlässliche, finanziell gesicherte Bedingungen für soziale Einrichtungen.

Dazu gehört auch der vollständige Tarifausgleich in der Bezahlung der Mitarbeitenden. Anders könnte es dazu führen, dass die Personalausstattung mittelfristig gefährdet ist. Die bisherige, zeitlich befristete Finanzierung von Projekten führt zu prekärer Beschäftigung, die abgeschafft werden muss. Nur eine dauerhafte Finanzierung kann Grundlage für die Einrichtungen und deren Beschäftigten sein. Bürgertreffs, Community-Center und Stadtteilkulturzentren wie auch die Geschichtswerkstätten sind unter anderem in den Stadtteilen unverzichtbar. Initiativen zur Ausweitung und Neugründung dürfen nicht entmutigt werden, sondern brauchen Beistand und Unterstützung durch Verwaltung und Politik. Erforderlich ist eine Mischung aus Bürgertreffs, Beratungs- und Bildungsangeboten, Freizeitgestaltung und Zentren mit privaten Angeboten.

Wir fordern, die integrierte soziale Stadtteilentwicklung in allen Bezirken auszubauen und die Finanzierung verlässlich zu sichern.

Stadtteilbeiräte fest etablieren und weiterentwickeln

Im Zuge des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen konnten in den Bezirken positive Erfahrungen mit neuen Formen der Bürgerbeteiligung gemacht werden. Insbesondere die Stadtteilbeiräte haben sich dort bewährt, wo sie ehrenamtliches Engagement und professionelle Kompetenz erfolgreich miteinander ins Gespräch bringen konnten. Ohne die städtebauliche RISE-Förderung können sie allerdings nicht aufrecht erhalten werden.

Wir fordern, dass Bezirke bzw. Bezirksversammlungen Stadtteilbeiräte in eigener Zuständigkeit einsetzen und finanziell ausstatten.

Dies wäre nicht nur ein wichtiger Beitrag zur Weiterentwicklung kommunaler Demokratie, sondern könnte auch einen wesentlichen Impuls zur sozialräumlichen Gestaltung der Stadtteile setzen.

Grünflächen in den Quartieren erhalten und neue Flächen schaffen

Die Bezirke stellen Bebauungspläne auf und sind für die Gestaltung und Pflege öffentlicher Freiräume und Spielflächen verantwortlich. Sie entscheiden nicht nur über Veränderungen in der Stadtentwicklung, sondern auch über die Möglichkeit der Bürgerinnen und Bürger, ihre Grün- und Spielflächen im Alltag zu genießen. Die Lebensqualität in den Stadtteilen darf sich nicht allein am bezahlbaren Wohnraum orientieren. Grünflächen und Schulhöfe sind keine Reserveflächen für den Wohnungsbau. Unversiegeltes Grün, Baumflächen und Parks haben Erholungswert, verbessern Luft- und Kleinklima und sind unverzichtbare Begegnungsplätze. Sport und Freizeitaktivitäten können sich vor Ort entwickeln, wovon vor allem Familien, aber auch arme, alte, behinderte und bewegungseingeschränkte Menschen profitieren können. Insofern ist ökologische Politik auch zugleich Sozialpolitik.

Wir fordern eine soziale, ökologische Politik vor Ort, die auch auf die Entfaltung und Erholung im Grünen setzt.

Ebenso darf die geplante Verdichtung entlang der Hamburger Magistralen nicht zu einem völlig veränderten Stadtbild ohne Grün und Bäume, dafür mit schluchtenähnlicher und betonierter Bebauung führen. In diesem Zusammenhang empfehlen wir, die Versäulung von Maßnahmen aufzuheben, so dass eine komplexe Stadtentwicklung mit der sozialen und ökologischen Entwicklung verbunden werden kann.



Für eine zukunftsfähige, soziale Mobilitätsoffensive

- Hamburger Verkehrsverbund (HVV) in Zahlen:
 - 2,7 Mio. Fahrgäste täglich
 - 14.966 km Streckenlänge
 - 763 Linien
 - 4.485 Fahrzeuge
 - 10.359 Haltestellen
- 637.293 private PKW in Hamburg
- 67.528 Straßenverkehrsunfälle in Hamburg,
- 7.677 davon mit Personenschaden
- 230 öffentliche WC-Anlagen in Hamburg,
- 128 davon betreibt die Freie und Hansestadt (davon sind 75 barrierefrei)

Mobilität sicher und barrierefrei gestalten

Auf Straßen, Fuß- und Radwegen darf nicht das Recht des Stärkeren gelten. Geh- und Radwege müssen instandgesetzt, zuverlässig geräumt und besser beleuchtet werden. Für Ältere und Menschen mit Behinderung ist das Überqueren von Straßen im Fahrrad- und Autoverkehr eine große Herausforderung. Deshalb sollten mehr bedarfsorientierte und mobile Ampeln sowie Sprunginseln installiert werden, um mehr Sicherheit zu garantieren. Denn immer wieder verunglücken Menschen im Straßenverkehr.

Vor allem für Seniorinnen und Senioren haben einfache Stürze auf den teils maroden Gehwegen manchmal schwerwiegende Folgen. Hier fehlt es offenbar an regelmäßigen Kontrollen durch bezirkliche Wegewarte. Der Online-Wegewart ist an dieser Stelle zwar eine gute Ergänzung, jedoch kein ausreichender Ersatz. Nicht länger akzeptabel ist auch die mangelhafte Beleuchtung der Gehwege. Besonders schwierig wird es bei Schneefall oder nassem Laub und unklaren Räumpflichten wie zum Beispiel auf Brücken, wo die Gehwege oft überhaupt nicht geräumt werden.

Wir fordern, zu Fuß gehenden Menschen wieder mehr Priorität einzuräumen.

Zukunftsfähiges und alltagstaugliches Mobilitätsangebot schaffen

Mobilität ist eine maßgebliche Voraussetzung für soziale Teilhabe. Wachsende Bevölkerungszahlen und Pendlerströme, Neubau und Verdichtung von Wohngebieten, Ansiedlung von Gewerbe und Industrie sowie klimaneutrale Fortbewegung – diese Faktoren sollten bei der Planung von Mobilitätsangeboten künftig berücksichtigt werden. Ebenso sind mobile Rufangebote, wie Anruf-Sammel-Taxi (AST), RufBus, Anruf-Sammel-Mobil (ASM), ioki und Moia, barrierefrei und auch analog bereit zu stellen.

Wir fordern ein zukunftsfähiges und alltagstaugliches Mobilitätsangebot für Hamburg.

Den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sozial gestalten

Ohne ÖPNV sind die meisten Menschen in der Stadt nur eingeschränkt mobil. Der Hamburger Senat und die Bürgerschaft müssen deshalb jetzt die richtigen Bedingungen für einen sozialen ÖPNV schaffen: Günstige Fahrpreise zählen ebenso dazu wie ein kostenfreier Sozialtarif ohne Einschränkungen für finanziell bedürftige Menschen aller Altersgruppen. Auch der barrierefreie Ausbau sowie Großinvestitionen zum Linienausbau gehören dazu. Das Busbeschleunigungsprogramm sollte weiter modifiziert werden. Haltestellen müssen sich dort befinden, wo sie erforderlich sind und mit Regenschutz sowie Sitzbank ausgestattet sein.

Priorität hat für uns der Ausbau des schienengebundenen Nahverkehrs. Das bestehende Liniennetz muss durch fußläufige Erreichbarkeit der Haltestellen verbessert sowie durch den Streckenausbau und die Anbindung der Stadtteile, die bisher noch ohne Schnellbahnanschluss sind, erweitert werden. Zubringertaxi-Systeme sollten fortentwickelt und für alle erreichbar und nutzbar sein – auch ohne ausreichende Internetkompetenz. Barrierefreie Ruf-Taxis und Rufbusse sowie Abholdienste zum ÖPNV-Preis würden nicht nur Menschen mit Behinderung oder Einschränkungen wesentliche Erleichterungen bringen.

Wir fordern die Stärkung des ÖPNV, der für alle erreichbar und bezahlbar sein muss.

Mehr öffentliche, barrierefreie Toiletten

Zum öffentlichen Raum gehören erreichbare öffentliche Toiletten. Sie müssen durch sichtbare Ausschilderungen besser auffindbar sein. Ihre

Öffnungszeiten sollten sich am Einzelhandel, an der Gastronomie sowie am Freizeitverhalten und an Urlaubszeiten orientieren. Abend- und Nachtöffnungen sind durch entsprechende Zugangssysteme sicher zu stellen. Die Toiletten sollten so gepflegt werden, dass ihr hygienischer Zustand stets einwandfrei ist. Zu Großveranstaltungen im öffentlichen Raum, wie

beispielsweise zum Hafengeburtstag oder zu Konzerten, sollte es selbstverständlich sein, dass ausreichend barrierefreie Toiletten mit entsprechender Ausschilderung vorhanden und nutzbar sind.

Wir fordern mehr öffentliche, barrierefreie und gut ausgeschilderte Toiletten für Hamburg.



Für gute Pflege und ein Gesundheitswesen nah am Menschen

- 59 Krankenhäuser in Hamburg,
- 3 davon im Hamburger Süden
- 495.895 Behandlungsfälle in Hamburger Krankenhäusern
- 140.000 Beschäftigte im Hamburger Gesundheitswesen
- 567 Pflegeeinrichtungen in Hamburg:
 - 366 ambulante Pflegeeinrichtungen
 - 201 stationäre Pflegeeinrichtungen
- 5.073 niedergelassene Ärzte in Hamburg:
 - 1.286 Allgemeinärzte
 - 1.715 Zahnärzte
- 63.145 pflegebedürftige Hamburgerinnen und Hamburger:
 - 18.950 ambulant Pflegebedürftige
 - 16.354 stationär Pflegebedürftige
 - 27.841 empfangen Pflegegeld

Gesundheitsvorsorge stärken

Eine gute medizinische Versorgung ist ein echter Pluspunkt für die Lebensqualität der Menschen in unserer Stadt. Deshalb sollte es Ziel sein, gesundheitsfördernde und gesundheitserhaltende Lebensverhältnisse für alle zu schaffen und die Ursachen gesundheitlicher Ungleichheit zu bekämpfen.

Wir fordern, die Gesundheitskompetenz der Menschen zu stärken und gesundheitsfördernde, präventive Angebote auszubauen.

Eine soziale und nachhaltige Gesundheitspolitik muss gesellschaftliche Phänomene wie Armut und Diskriminierung, aber auch ökologische Einflüsse anerkennen und aufgreifen.

Ungleichverteilung der medizinischen Versorgung auflösen

In Hamburg sind niedergelassene Ärztinnen und Ärzte in den einzelnen Bezirken und Stadtteilen unregelmäßig verteilt. Das ungleiche medizinische Versorgungsangebot und damit die Benachteiligung der Menschen vor Ort geht einher mit der sozialen Lage in diesen unterversorgten Stadtteilen (unterdurchschnittliche Einkommen, überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit, hohe Kinder- und Altersarmut). Dies wirkt sich unstreitig negativ aus auf den Gesundheitszustand der Betroffenen.

Wir fordern, bestehende Ungleichgewichte in der medizinischen Versorgung durch sozial-räumliche Planung und Steuerung zu beseitigen.

Dazu sollten die politischen Einflussmöglichkeiten im Rahmen der Hamburger Landeskonzferenz Versorgung genutzt werden. Bürgerschaft und Senat müssen sich einerseits bei bestehenden Ungleichgewichten, andererseits bei der Ausbildung von ärztlichem Personal einmischen.

Wir fordern den Aufbau interdisziplinärer Gesundheitszentren in Stadtteilen mit niedrigem Sozialindex und eine medizinische Erstversorgung aus einer Hand.

Qualität der Krankenhäuser stärken und Krankenhäuser re-kommunalisieren

Krankenhäuser haben die Aufgabe, eine hochwertige medizinische Versorgung sicherzustellen. Aktuell stehen die Kliniken durch die fortschreitende Ambulantisierung stationärer Leistungen, Mindestmengen und steigende medizinische Qualitätsanforderungen, vor großen Herausforderungen. Hinzu kommt der Fachkräftemangel, insbesondere im pflegerischen und ärztlichen Dienst. Wenn die Krankenhäuser weiterhin erfolgreich und profitabel arbeiten wollen, müssen sie ihre Profile schärfen und optimieren sowie neue Zielgruppen für die Gesundheits- und Pflegeberufe ansprechen (zum Beispiel Menschen mit Migrationshintergrund).

Wir fordern, die Qualität der Versorgung durch höhere Investitionen in die Krankenhäuser und Fachkräfteausbildung zu steigern.

Gesundheit ist eine öffentliche Daseinsvorsorge und gehört in die öffentliche Hand – zumindest in öffentliche Verantwortung. Ein Krankenhaus sollte sich nicht in erster Linie rechnen müssen, sondern für die Gesundheit der Menschen zuständig sein. Nicht der Profit, sondern der Beitrag der Krankenhäuser zur Daseinsvorsorge sollte im Vordergrund stehen.

Wir fordern die Re-Kommunalisierung der Hamburger Krankenhäuser.

Pflegenotstand beseitigen und Zugang zum Pflegeberuf erleichtern

Die Lebenserwartung der Menschen steigt und sie werden älter. Damit geht einher, dass immer

mehr Menschen auf Pflege angewiesen sind. Um diesen Bedarf zu decken, ist es zwingend erforderlich, die Unterbesetzung mit Pflegekräften in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen schnellstmöglich zu beseitigen.

Wir fordern den Pflegenotstand zu bekämpfen und den Zugang zum Pflegeberuf zu erleichtern.

Dazu müssen deutlich mehr Ausbildungsplätze für Pflegeberufe geschaffen werden. Die Arbeitsbedingungen und Löhne in der ambulanten und stationären Pflege müssen sich so verbessern, dass der Beruf an Attraktivität gewinnt. Auch der Zugang von qualifizierten ausländischen Arbeitnehmenden sollte erleichtert werden. Das bedeutet, nicht in Deutschland erworbene Qualifikationen verstärkt anzuerkennen sowie fehlende Kenntnisse und Fähigkeiten nachzuschulen. Der Hamburger Senat sollte sich zudem vermehrt als Betreiber von Pflegeeinrichtungen engagieren.

Verbesserung der Ausstattung der Gesundheitsämter

Angesichts der Tatsache, dass es immer wieder zu Infektionsgeschehen kommt, brauchen die Gesundheitsämter stärkere Unterstützung. Vor allem die personelle Ausstattung von der Behördenspitze hin zu Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern muss geprüft und aufgestockt werden. Wenn dieser Bereich nicht funktionsfähig ist, kann es zu erheblichen Einschränkungen für das Alltagsleben, aber auch für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Hamburgs kommen.

Wir fordern eine dauerhaft bessere Ausstattung der Gesundheitsämter, damit sie ihrem Auftrag gerecht werden können.

Würdevolle Pflege sicherstellen und Wohn-Pflege-Aufsicht mit erforderlichen Ressourcen ausstatten

Pflegebedürftige Menschen sind auf kompetente Betreuung und Unterstützung angewiesen, weil für sie nur so ein würdevolles Leben möglich ist. Die bezirkliche Wohn-Pflege-Aufsicht trägt an dieser Stelle eine große Verantwortung. Sie soll nicht nur Menschen mit Pflegebedarf beraten, sondern auch die Betreibenden von Einrichtungen bei der Erfüllung der Anforderungen des Hamburgischen Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetzes (HmbWBG) unterstützen. Missstände werden allerdings regelmäßig zu spät entdeckt. Erforderliche Kontrollen von Wohn-, Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen oder ambulanten Pflegediensten und die Prüfung der Qualität der angebotenen Leistungen werden nicht ausreichend wahrgenommen.

Wir fordern die Sicherstellung würdevoller Pflege und Betreuung für alle.

Zur Sicherstellung einer würdevollen Pflege ist die Wohn-Pflege-Aufsicht mit den entsprechenden Ressourcen und einer auskömmlichen Finanzierung auszustatten. Wir erkennen an, dass der Senat hier Schritte unternommen hat, um die Kontrolle und Weiterentwicklung von stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen zu verbessern.

Die Regelprüfungen der stationären Einrichtungen liegen seit Jahresbeginn 2019 in den Händen des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung Nord. Gleichzeitig bleibt die Wohn-Pflege-Aufsicht in der Verantwortung, denn sie muss Missstände feststellen, ihre Beseitigung sicherstellen und den Einrichtungen bei ihrer Weiterentwicklung helfen.

An dieser Stelle ist zu prüfen, ob eine dafür geplante Koordinierungsstelle im Bezirk Altona das geeignete Instrument ist, um unter anderem die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure zu gewährleisten und zu verbessern. In jedem Fall muss sichergestellt werden, dass die Wohn-Pflege-Aufsicht ihren Aufgaben nachkommen kann. Spätestens im Jahre 2021 ist zu

überprüfen, ob die getroffenen Maßnahmen die erhoffte Wirkung erzielen. Diese Überprüfung sollte von externen Fachleuten vorgenommen und der Bericht öffentlich gemacht werden.

Die bezirkliche Wohn-Pflege-Aufsicht benötigt zudem eine aktive Öffentlichkeitsarbeit, damit die Menschen darüber informiert sind, dass sie dort Missstände melden können.

Wir fordern konsequente Kontrollen von Pflegeeinrichtungen durch die Wohn-Pflege-Aufsicht, entsprechend dem HmbWBG.

Pflegebedürftige und ihre Familien finanziell nicht im Stich lassen

Pflege ist teuer: Immer seltener reicht die eigene Rente aus, um die Leistungslücke der Pflegeversicherung zu schließen. Alte Menschen landen wegen der Pflegekosten zunehmend in der Grundsicherung. Ein Grund: Die Hamburgische Bürgerschaft hat im Jahr 2010 die einkommensabhängige Einzelfallförderung aus dem

Landespflegegesetz gestrichen.

Wir fordern die Wiedereinführung einer einkommensabhängigen Einzelfallförderung.

Hospiz- und Palliativversorgung ausbauen und Sterben in Würde ermöglichen

Die Palliativ- und Hospizarbeit leistet einen immens wichtigen Beitrag dazu, dass Menschen in Würde sterben können. Deshalb muss die Palliativversorgung durch (weitergebildete) Fachkräfte in allen stationären Einrichtungen Hamburgs sichergestellt werden. Zusätzlich fordern wir eine bessere Aufklärung von hausärztlichen Praxen über die Verordnung spezialisierter ambulanter Palliativversorgung. Und auch mehr stationäre Hospizplätze müssen eingerichtet werden. Jede neue Einrichtung sollte bei Bedarf durch eine Bezuschussung unterstützt werden.

Wir fordern, die Hospiz- und Palliativversorgung auszubauen.



Für eine seniorenrechtliche Stadt

- 18,2 Prozent der Menschen in Hamburg sind heute 65 Jahre und älter
- 22 Prozent der Menschen in Hamburg werden im Jahr 2030 65 Jahre und älter sein
- 47.005 Hamburgerinnen und Hamburger beziehen Leistungen der Grundsicherung,
- 27.875 davon sind 65 Jahre und älter – das sind mehr als die Hälfte
- 41.000 der über 74-Jährigen empfangen bei uns Leistungen der Pflegeversicherung

Altersarmut ist auch in Hamburg ein wachsendes Problem, das immer mehr Menschen betrifft. Im März 2020 erhielten 27.875 Grundsicherung im Alter zur Sicherstellung der laufenden Lebensführung – Tendenz steigend.

Monatlichen Zuschlag auf die Grundsicherung auszahlen

Ohne die Leistungen der Grundsicherung und Erwerbsminderung könnten mehr als 47.000 Menschen ihr Leben im Alter nicht bestreiten. Der maximale Regelsatz beträgt bundeseinheitlich 432 Euro. Weil in Hamburg die Lebenshaltungskosten jedoch deutlich höher sind als in den meisten Städten und Kommunen, reichen die Transferzahlungen bei weitem nicht aus.

Wir fordern einen monatlichen Zuschlag zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, nach dem Vorbild von München.

Soziokulturelle Teilhabe ermöglichen und Hamburger Teilhabekarte einführen

Hamburg ist eine lebenswerte Stadt mit zahlreichen attraktiven Angeboten und Möglichkeiten. Allerdings können Menschen, die arm oder armutsgefährdet sind, am gesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben kaum teilhaben oder sind davon gänzlich ausgeschlossen. Selbstverständlichkeiten des Alltags sind für sie unerschwinglich. Besonders Ältere würden von einer neuen Teilhabekarte stark profitieren.

Wir fordern eine Teilhabekarte, die finanziell Bedürftigen kostenlosen Zugang zu städtischen Kultur-, Freizeit- und Sportangeboten verschafft.

Kostenfreie Nutzung des ÖPNV ermöglichen

Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für die

ältere Generation, um sich an der Gesellschaft beteiligen zu können. Deshalb muss die Nutzung des ÖPNV auch für Menschen ohne oder mit nur geringem eigenen Einkommen bezahlbar sein. Bislang gewährt die Sozialbehörde lediglich einen Preisnachlass auf bestimmte Zeitkarten. Mobilität muss durch die kostenfreie Bereitstellung barrierefreier Beförderungsmöglichkeiten gesichert und an die Bedarfe einer älter werdenden Stadt angepasst werden.

Wir fordern ein Sozialticket, das Einkommensschwachen die kostenfreie Nutzung des ÖPNV ermöglicht.

Soziale Hilfe und Beratung stärken, ausbauen und besser bekannt machen

Seelische Belastung, Unterstützungsbedarf bei der Haushaltsführung, finanzielle Nöte, Konflikte in der Familie, Ärger mit der Wohnung oder Probleme mit Anträgen und Behörden: Es gibt viele Anlässe, sich externe Hilfe zu suchen. Vor allem diejenigen, die wenig Mittel zur Verfügung haben, sind auf entsprechende Hilfen der Stadt angewiesen. Dazu sind regelmäßige Informationen und Hinweise auf Angebote und Einrichtungen unerlässlich.

Wir fordern den Erhalt und Ausbau kostenfreier sozialer Unterstützungs- und Förderangebote. Investitionen und eine angemessene Personaldecke sind hierfür Voraussetzung.

Nachbarschaften und Sozialraumorientierung im Quartier fördern

Soziale Kontakte und Angebote vor Ort bieten vielfältige Chancen, sozialen Zusammenhalt zu schaffen und aktiv zu leben: Ob Begegnung, Austausch, Unterstützung oder Engagement.

Wir fordern, nachbarschaftliche und soziale Netzwerke im Quartier zu stärken.

Entscheidende Voraussetzungen dafür sind neben Räumen und Flächen auch Formen der Mitgestaltung. Zentren für Nachbarschaften und Quartiere müssen flächendeckend in ganz Hamburg entstehen. Die bereits bestehenden Seniorenzentren brauchen eine moderne Neuaufstellung mit mehr präventiven, beratenden und versorgenden Angeboten. Ebenso müssen digitale Angebote integriert werden. Und auch der Hamburger Hausbesuch muss Bestandteil dieser Zentren werden, damit er seine volle Wirkung entfalten kann. Wesentlich ist gleichzeitig die aktive Beteiligung der Menschen vor Ort. Zur Koordination und als Ansprechperson sollte ein hauptamtliches Management nach dem Münchner Vorbild eingesetzt werden.

Wir fordern die Schaffung von Quartierzentren für eine integrierte Altenhilfe mit hauptamtlich Mitarbeitenden und ergänzendem Ehrenamt.

Ehrenamtliches Engagement stärken

Viele Hamburgerinnen und Hamburger engagieren sich nach dem Ende ihres Arbeitslebens für Menschen in sozialen Problemlagen, in der Nachbarschaft, in Sport, Freizeit, Kultur oder Umwelt. Mit ihrem Ehrenamt fördern sie den Zusammenhalt in unserer Hansestadt und sorgen für ein soziales, solidarisches Hamburg.

Wir fordern, das Ehrenamt und seine Rahmenbedingungen auszubauen und zu fördern.

Ohne bürgerschaftliches Engagement wäre unser gesellschaftliches Leben deutlich ärmer. Um die Kultur der unentgeltlichen Unterstützung für andere zu stärken, braucht es neue Strukturen, zu denen bezirkliche Freiwilligenagenturen beitragen könnten. Sie sollten durch systematische, infrastrukturelle Weiterentwicklungen, finanzielle Zuwendungen und eine bessere Vernetzung im Stadtteil unterstützt werden.

Wir fordern eine Ehrenamtskarte als Zeichen

der Wertschätzung freiwilligen Engagements.

Eine Ehrenamtskarte bietet kostenfreien oder vergünstigten Zugang zu sozialen und kulturellen Angeboten sowie Freizeit- und Sporteinrichtungen. Mit ihr könnte sich die Stadt bei ihren engagierten Bürgerinnen und Bürgern bedanken.

Soziale Wohnungspolitik intensivieren

Die höchsten Mieten im norddeutschen Raum hat immer noch Hamburg. Im Schnitt liegt die Miete bei 12 Euro pro Quadratmeter. Zwar gibt es 77.491 Sozialwohnungen, dem gegenüber stehen aber deutlich mehr Anspruchsberechtigte. Diese Lücke muss dringend – vor allem im Hinblick auf den demografischen Wandel – geschlossen werden. Bezahlbare Wohnprojekte für ältere Menschen müssen deshalb stärker gefördert werden. Generationenübergreifende Angebote sollten dabei mehr Berücksichtigung finden.

Nahversorgungsangebote (zum Beispiel Einkaufszentren, Post, soziale Einrichtungen, Quartierzentren, ÖPNV und barrierefreie Zubringersysteme) sind integraler Bestandteil einer guten städtischen Infrastruktur. In unterversorgten Gebieten muss in dieser Hinsicht nachgebessert oder das Angebot ganz neu aufgebaut werden.

Zusätzlich müssen soziale Hilfsangebote von Wohnungsgesellschaften und Genossenschaften angestoßen und gefördert werden. Haushaltsnahe Dienstleistungen etwa, sollten insbesondere und zuerst in benachteiligten Quartieren bereitgestellt werden und für finanziell Bedürftige kostenfrei sein. Damit wäre ein wichtiger Beitrag dazu geleistet, dass Ältere und Menschen mit Behinderung möglichst lange in ihrem gewohnten Umfeld bleiben können.

Wir fordern eine soziale Wohnungspolitik mit guter sozialer Infrastruktur und 5.000 neuen, barrierefreien Sozialwohnungen pro Jahr.



Für Inklusion und Barrierefreiheit

- 125.655 Menschen mit einer Schwerbehinderung leben in Hamburg:
 - 3.598 sind arbeitslos
 - 30.489 sind berufstätig
- 11.282 von 36.907 Pflichtarbeitsplätzen für Menschen mit Behinderung sind in der Hamburger Wirtschaft nicht besetzt:
 - 3.150 der verpflichteten Unternehmen beschäftigen Menschen mit Behinderung
 - 1.596 der verpflichteten Unternehmen beschäftigen keine Menschen mit Behinderung

Inklusion leben

Menschen sind nicht behindert, Menschen werden behindert! Ob körperliche, geistige oder psychische Beeinträchtigungen: immer noch werden Betroffene von Nichtbehinderten als anders empfunden. Nicht selten dominiert die jeweilige Einschränkung die Wahrnehmung von außen. Vieles hat sich zwar gebessert, dennoch stoßen Menschen mit Behinderung im Alltag schnell an Grenzen. Rollstuhlfahrende beispielsweise scheitern beim Einsteigen in Busse oder Bahnen, wenn es keine Einstieghilfen gibt, der Aufzug außer Betrieb ist oder sie von anderen übersehen werden. Und auch der Einlass in Banken oder Arztpraxen bleibt ihnen verwehrt, wenn Räume nicht barrierefrei zugänglich sind.

Der Ausbau der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum ist auf einem guten Weg. Dieser muss fortgeführt werden. Dazu gehört auch die bessere Ausschilderung von barrierefreien, öffentlichen Toiletten. Barrieren abzubauen sollte zudem in der Privatwirtschaft und im persönlichen Bereich eine Selbstverständlichkeit sein.

Wir fordern, Menschen mit Behinderung als gleichberechtigte, selbstbestimmte Personen zu behandeln und ihnen gesellschaftliche Teilhabe ohne Barrieren zu ermöglichen.

Kommunikation muss grundsätzlich barrierefrei sein. Es muss in allen Bereichen des öffentlichen Lebens selbstverständlich sein, Inhalte in einfacher oder leichter Sprache zur Verfügung zu stellen und, zumindest bei Bedarf, Gebärdensprache oder Schriftübersetzung anzubieten. Die öffentliche Hand sollte hier auch finanziell unterstützen.

Wir fordern barrierefreie Zugänge zu Dienstleistungen, Produkten, Gebäuden, Medien, Kommunikation und Veranstaltungen.

Inklusion sollte ein Miteinander sein. Wir setzen uns dafür ein, gemeinsam mit allen eine inklu-

sive Gesellschaft zu schaffen. Dazu gehört auch, dass Menschen mit Behinderung ihre Interessen eigenverantwortlich wahrnehmen und selbst vertreten können.

Wir fordern, dass der Grundsatz „Nichts über uns ohne uns“ auf allen Ebenen gilt.

Wahlen ohne Barrieren ermöglichen

Das individuelle Wahlrecht ausüben zu können, ist politisches Grundrecht in einer Demokratie. Auch für Menschen mit Behinderungen muss dies zu jeder Zeit ohne Hürden möglich sein. Doch beim Gang an die Wahlurne stehen sie immer noch vor zahllosen Hindernissen. Sei es, dass ein Wahllokal nicht barrierefrei zugänglich ist, oder dass Wahlinformationen und Unterlagen nicht lesbar oder missverständlich gestaltet sind.

Wir fordern uneingeschränkte Barrierefreiheit für alle Hamburger Wahlen, Wahllokale, -verfahren und -materialien ab der nächsten Wahl.

Denn echte Demokratie wird nur gelebt, wenn alle die Möglichkeit haben, sich zu beteiligen.

Chancen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt bieten

Viele Unternehmen und Betriebe scheuen sich, behinderte Menschen einzustellen. Trotz bester Qualifikationen und Abschlüsse sind die Betroffenen teils jahrelang vergeblich auf Jobsuche. Auf Seiten der Arbeitgebenden existieren noch immer viele Vorbehalte gegenüber Menschen mit Behinderung, weil ihnen die Erfahrung fehlt oder sie unsicher wegen zusätzlicher Verpflichtungen sind. Oftmals wird pauschal davon ausgegangen, dass behinderte Menschen weniger leisten können als ihre nicht-behinderten Kolleginnen und Kollegen. Dabei gibt es genügend andere Beispiele, wie auch gesetzliche Möglichkeiten und finanzielle Anreize für Unternehmen,

Menschen mit körperlichen und geistigen Einschränkungen zu beschäftigen. Die Ausgleichsabgabe muss spürbar erhöht werden.

Wir fordern bessere Chancen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung. Sie brauchen mehr Möglichkeiten, ihr berufliches Leben selbst zu gestalten.

Gemeinsam mit Unternehmen sollten Wege gefunden werden, mehr Arbeitsplätze mit schwerbehinderten Menschen zu besetzen. Insbesondere dann, wenn die Pflichtquote nicht erfüllt ist. Handels- und Handwerkskammer, Innungen und Gewerkschaften sind als wichtige Multiplikatoren zu beteiligen. Konkret brauchen Inklusionsbetriebe, die eine überdurchschnittliche Zahl von Menschen mit Behinderung beschäftigen, eine besondere Unterstützung und bessere finanzielle Förderung.

Wir fordern, die Budgets für Arbeit und Ausbildung sowie die Mittel der Ausgleichsabgabe im Rahmen der Inklusion stärker zu nutzen.

Beschäftigte in den Werkstätten und potentiell interessierte Betriebe und Unternehmen müssen besser über die Möglichkeiten und Bedingungen einer Beschäftigung sowie über entsprechende Fördermöglichkeiten durch das Integrationsamt, die Agentur für Arbeit und das Jobcenter team.arbeit.hamburg informiert werden. Beim Übergang in den ersten Arbeitsmarkt und bei der Einstellung sollten schwerbehinderte Menschen aktiv unterstützt werden.

Wir fordern, dass Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) besser auf eine Arbeit in der Privatwirtschaft vorbereiten. Inklusion und Teilhabe muss hier Normalität sein.

Berufsförderungs- und Berufsbildungswerke sind von den Sozialversicherungsträgern umfangreich zu belegen, um Menschen mit Behinderungen den Weg in Arbeit zu ebnen. Diese besonderen Einrichtungen bieten unver-

zichtbare Unterstützungsleistungen. Hierzu zählen pädagogische und sozialpädagogische, psychologische und medizinische Angebote sowie fachpraktische Anleitungen. Es ist darauf hinzuwirken, dass die Rehabilitanden einen vollwertigen Berufsabschluss erhalten. Der wirtschaftliche Betrieb der Berufsförderungs- und Berufsbildungswerke ist sicher zu stellen.

Diskriminierungsfreien Zugang zur Gesundheitsversorgung schaffen

Zahlreiche Praxen niedergelassener Ärztinnen und Ärzte oder Therapeutinnen und Therapeuten sind baulich und technisch nicht barrierefrei. Sie sind für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen nicht problemlos zugänglich. In nur wenigen Praxen und Krankenhäusern findet sich geschultes Personal, das über Kompetenzen im Umgang mit Menschen mit Behinderung verfügt. In Studium, Aus-, Fort- und Weiterbildung der meisten Gesundheitsberufe werden keine ausreichenden Fachkenntnisse zum Umgang mit ihnen vermittelt, etwa in Bezug auf geistige und schwere motorische Einschränkungen, Mehrfachbehinderungen oder auch Pflegebedürftigkeit.

Wir fordern die Sicherstellung der medizinischen Versorgung und einen diskriminierungsfreien Zugang zur Gesundheitsversorgung für Menschen mit Behinderung.

Bestehende Informations- und Kommunikationsbarrieren müssen abgebaut und Praxen rollstuhl- und behindertengerecht eingerichtet werden. Die Hamburger Ärztekammer sollte an der Umsetzung beteiligt sein. Beschäftigte in den Bereichen Gesundheit und Medizin sollten im Umgang, der Versorgung, Pflege und Behandlung von Menschen mit Behinderung besser ausgebildet und geschult werden. Für Menschen mit geistigen Beeinträchtigungen und Mehrfachbehinderungen sollten medizinische Zentren eingerichtet werden – ähnlich

dem Medizinischen Zentrum für erwachsene Menschen mit Behinderung (MZEB) am Evangelischen Krankenhaus Alsterdorf.

Bundesteilhabegesetz (BTHG) umsetzen

Mit Einführung des BTHG sind Menschen mit Behinderung nicht mehr Objekt von Verwaltungsentscheidungen, sondern Partnerinnen und Partner auf Augenhöhe im Verfahren der Bedarfsermittlung und der Feststellung des bestehenden Anspruchs auf Eingliederungshilfe. Das entsprechende Amt im Bezirksamt Wandsbek muss dafür personell und strukturell gestärkt werden. Die Zahl der Mitarbeitenden mit entsprechenden Qualifikationen ist schnell und deutlich zu erhöhen. Das EDV-System ist gängig zu machen.

Wir fordern, dass die Erbringung der Leistungen der Eingliederungshilfe stärker personenzentriert erfolgt.

Bei Fragen zum persönlichen Budget müssen sich Menschen mit Behinderung unabhängig beraten lassen können. Zusätzlich sollte die Inanspruchnahme des persönlichen Budgets an sich gefördert werden.

Selbstbestimmtes Wohnen ermöglichen

Viele Menschen mit Behinderung lebten bis in die 1970er-Jahre vor allem in Wohnheimen. Heute können sie zum Beispiel auch in Mehr-Generationen-Häusern, Wohn-Gruppen oder Wohn-Gemeinschaften leben. Durch ambulante Hilfen und unterstützende Assistenz können

viele von ihnen zudem alleine, in Partnerschaft oder mit der Familie leben. Trotzdem gibt es immer noch einige, die nicht so wohnen, wie sie es gerne wollen.

Wir fordern, dass selbstbestimmtes Wohnen gefördert wird.

Besondere Wohnformen für Menschen mit Behinderung sollten weiterentwickelt sowie nach Möglichkeit und Bedarf in Wohnformen mit ambulanter Betreuung umgewandelt werden. Aufgrund des persönlichen Anspruchs auf Assistenz- und Hilfeleistungen darf niemand aus Kostengründen verpflichtet sein, in speziellen Einrichtungen leben zu müssen. Deshalb gilt es, mehr Wohnungen barrierefrei zu bauen oder umzubauen. Die Vermittlung in barrierefreien Wohnraum muss zudem intensiv unterstützt werden.

Angebote der ambulanten Sozialpsychiatrie an steigenden Bedarf anpassen

Die Ambulante Sozialpsychiatrie ist ein Angebot für Menschen mit psychischen Erkrankungen und Beeinträchtigungen, die Unterstützung bei der Bewältigung seelischer und psychologischer Krisen benötigen. Sie bietet Hilfen zur selbstständigen Alltagsgestaltung und Entwicklung persönlicher Perspektiven. Für Betroffene ist die Unterstützung vor Ort ganz entscheidend. Stationäre und ambulante Formen der Sozialpsychiatrie sollten miteinander verzahnt werden.

Wir fordern, Angebote der ambulanten Sozialpsychiatrie zu erhalten und auszubauen.



Für starke Familien, Kinder und Jugendliche

- In rund 18 Prozent aller Hamburger Haushalte leben Kinder unter 18 Jahren
- In rund $\frac{1}{4}$ dieser Haushalte werden Kinder von einem einzelnen Elternteil betreut
- 19,9 Prozent der unter 18-Jährigen leben bei uns in Haushalten mit SGB-II-Bezug
- 47 Prozent der unter 3-Jährigen werden bei uns von Kita oder Kindertagespflege versorgt
- 1.634 Inobhutnahmen von Hamburger Kindern und Jugendlichen
- 1,46 Kinder hat die Hamburgerin im Durchschnitt

In eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft investieren

Die Kinder und Jugendlichen von heute sind das Fundament für eine starke Gesellschaft von morgen. Wir brauchen in Hamburg familienfreundliche Rahmenbedingungen, die die Entwicklung, den Schutz und die Beteiligung von Kindern fördern. Jedoch spricht die Realität eine andere Sprache: Kinderarmut ist ein ungelöstes Problem in der Hansestadt. Laut Landesmedian sind 22,3 Prozent aller jungen Menschen armutsgefährdet oder wachsen in Armut auf – in einigen Stadtteilen sogar jedes zweite Kind. Studien gehen davon aus, dass die Corona-Krise dazu führen wird, dass sowohl die Familien- und Kinderarmut als auch die Bildungsungleichheit in Deutschland noch weiter steigen wird.

Wir fordern, dass Hamburg sich im Bund für eine Kindergrundsicherung einsetzt und mehr Projekte fördert, die von Armut betroffene Kinder gezielt unterstützen.

Chancengerechtigkeit verbessern – auch in Zeiten von Corona

In Hamburg gilt nach wie vor viel zu oft, dass der Bildungserfolg von Kindern vom sozioökonomischen Hintergrund der Eltern abhängt. Um Chancengleichheit herzustellen, sind frühkindliche Bildungs- und Betreuungsangebote von entscheidender Bedeutung. Damit sich in Hamburg der Abstand zwischen Bildungsgewinnern und -verlierern nicht weiter vergrößert, sollte die Stadt umfassende Maßnahmen ergreifen.

Wir fordern über die RISE-Angebote hinausgehende Fördermaßnahmen für Kinder aus benachteiligten Haushalten. Der Allgemeine Soziale Dienst ist dafür vermehrt einzusetzen.

Kinder sind durch die Corona-Krise enorm belastet. UNICEF berichtet, dass junge Menschen unter anderem durch den Verlust von

Angehörigen oder von Freundinnen und Freunden, durch Ausgangsbeschränkungen, Schulschließungen, fehlende Unterstützung, das Ausbalancieren von Arbeit und Privatleben sowie schrumpfende finanzielle Mittel innerhalb der Familie stark beeinträchtigt sind. Diese Belastungen gefährden die mentale und körperliche Gesundheit und Entwicklung der Kinder.

Wir fordern, Kinder und Jugendliche in Corona-Zeiten besonders in den Blick zu nehmen. Ihr Wohlergehen und der Zugang zu Bildungsangeboten muss gewährleistet sein.

Die Pandemie hat gezeigt, dass etliche Schülerinnen und Schüler keinen Zugang zu funktionsfähigen Computern und dem Internet haben. Vielerorts wurden Bildungsnachteile offengelegt. In den Schulen muss die Digitalisierung ausgebaut und vorangetrieben werden, damit Bildungsgerechtigkeit für alle sichergestellt ist.

Wir fordern eine stabile finanzielle Ausstattung der Schulen, um Laptops und PCs anschaffen und insbesondere an einkommensschwache Schülerinnen und Schüler ausgeben zu können.

Regelmäßige Software-Aktualisierungen sollten dabei eingeplant werden. Veralterte oder defekte Geräte gilt es für bedürftige Kinder und Jugendliche stets kostenfrei zu ersetzen.

Kinderbetreuung ausweiten

Zur Förderung der kindlichen Entwicklung und Chancengerechtigkeit, aber auch zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sollte eine gute frühkindliche Förderung in Kita und Kindertagespflege (auch bei flexiblem Betreuungsbedarf) für alle zugänglich sein – kostenfrei für acht Stunden täglich. Bei der Entscheidung über die Vergabe von Krippen-, Kita- und Hortplätzen müssen sowohl die Bedarfe des Kindes als auch die elterliche Situation Berücksichtigung finden. Der Fachkraft-Kind-Schlüssel und die pädago-

gische Betreuungsqualität sollten verbessert werden. Zusätzlich muss die Anzahl der Betreuungsplätze aufgestockt und die kostenfreie Betreuung ausgebaut werden. Alternativ gilt es mehr Angebote für die häusliche Betreuung zu schaffen. Hiervon würden zum Beispiel die Kinder von Schichtarbeitenden profitieren und auch die Berufstätigkeit von Frauen würde weiter gefördert.

Wir fordern eine qualitative Verbesserung der Kinderbetreuungsangebote. Dazu gehört die achtstündige Kostenfreiheit und die gezielte Förderung der Berufstätigkeit von Frauen.

Die Betreuung durch Tagesmütter und -väter ist eine feste Säule im System der Kindertagesbetreuung. Hier muss eine hochwertige Betreuung auch bei Krankheit, Urlaub oder Fortbildungen gewährleistet sein. Kinder, die über Nacht Betreuung benötigen (zum Beispiel aufgrund von Schichtarbeit der Eltern), sollten von ihnen gut bekannten Tagespflegekräften betreut werden und zudem bevorzugt im eigenen Bett schlafen.

Alleinerziehende stärken

Viele Menschen mit Kindern jonglieren Tag für Tag mit den Anforderungen von Familie und Beruf. Die Gruppe der Alleinerziehenden ist hier besonders herausgefordert. Deshalb ist es wichtig, ihnen den Zugang zu Beratungs- und Unterstützungsangeboten weiter zu erleichtern.

Schon der Lebenslagenbericht „Familien in Hamburg“ der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration hat 2017 festgestellt, dass weniger als die Hälfte der Mütter mit niedrigem Bildungsniveau erwerbstätig sind, dagegen aber fast 80 Prozent der Frauen mit hohem Bildungsniveau. Die zaghaften Vorstöße des Senats für mehr Halbtagsausbildungen gilt es deshalb deutlich zu intensivieren – denn, eine Erwerbstätigkeit ist ein wichtiger Schritt,

um einem Leben in Armut zu entkommen. Auch die Möglichkeiten, sich über den zweiten Bildungsweg zu qualifizieren, sollten verbessert und die Zugänge erleichtert werden. Vor allem aber muss ein sozialer Arbeitsmarkt in Hamburg entstehen, der seinen Namen verdient. Mehr kostenfreie Angebote für finanziell bedürftige Menschen, beispielsweise im ÖPNV oder für Freizeit, Sport und Kultur, würde viele Alleinerziehende zusätzlich entlasten.

Wir fordern gerechte Chancen für Alleinerziehende in der Arbeitswelt und erleichterte Zugänge zu Qualifizierungsmaßnahmen.

Wirksamen Kinderschutz gewährleisten

Die erschütternden und tragischen Todesfälle von Kindern in Hamburg, die in Folge von Misshandlungen gestorben sind, haben gezeigt, dass es dringenden Nachbesserungsbedarf im Kinderschutz gibt. Eine Enquete-Kommission hat dazu bereits 2018 umfassende Empfehlungen vorgelegt. Es bleibt wesentliche Aufgabe, diese Ideen aufzugreifen und in entschiedenes Handeln zu übersetzen.

Wir fordern, Kinderschutz und -rechte durch die Umsetzung der Enquete-Empfehlungen (auch in der Landesverfassung) und einen Ausbau des Allgemeinen Sozialen Dienstes zu stärken.

Eine weisungsungebundene, neutrale und mit ausreichend Ressourcen ausgestattete Ombudsstelle könnte ebenso einen Beitrag leisten. Zusätzlich sollte eine permanente Expertenkommission eingesetzt und ein jährlicher Kinderschutzbericht vorgelegt werden.

Kinder und Jugendliche begleiten, beraten und unterstützen

Die (offene) Kinder- und Jugendarbeit ist neben der Bildung und Erziehung in Elternhaus, Kita,

Schule und beruflicher Ausbildung eine wichtige Säule und Anlaufstelle in der Freizeit.

Wir fordern, die (offene) Kinder- und Jugendarbeit in den Bezirken weiterzuentwickeln und als eigenständigen Bildungsbereich zu erhalten.

Familien bedarfsgerecht Hilfe und Unterstützung anbieten

Kinder und Jugendliche benötigen Menschen, die sie unterstützen und ihnen Sicherheit und Geborgenheit geben. Nicht immer bietet ihnen ihr familiäres Umfeld eine gute Umgebung zum Aufwachsen. Deshalb ist es wichtig, Familien, die Unterstützung benötigen, zu stärken. Eltern sollten schon möglichst früh und bevor gravierende familiäre Konflikte oder Probleme entstehen, Hilfe erfahren und im Alltag gestärkt werden.

Wir fordern die bedarfsgerechte Weiterentwicklung von Hilfen und Angeboten der Erziehung und Familienbildung sowie die stärkere Einbeziehung des Allgemeinen Sozialen Dienstes.

Angebote der Familienbildung, als ein wichtiges präventives Angebot der Jugendhilfe, müssen fortgeführt und noch bekannter gemacht werden. Deshalb sollte der Zugang zu Bücherhallen und Volkshochschulen für sie kostenfrei werden. Hierzu gehört auch der Ausbau von Familienzentren und Maßnahmen zur Familienbildung und -erholung, die Sicherung und Weiterentwicklung familienunterstützender Angebote zur niedrigschwelligen Gesundheitsförderung, zur Beratung und zum Austausch in Nachbarschaften sowie für die speziellen Bedarfe von

Alleinerziehenden und Regenbogenfamilien.

Soziale Teilhabe durch Hamburger Familienpass ermöglichen

Die Einkommenssituation für Familien mit Kindern hat sich nochmal verschlechtert. Vor allem Familien mit mehreren Kindern und Alleinerziehende, meist Frauen, sind potentiell armutsgefährdet. Dadurch haben viele Familie einen erschwerten Zugang zu sozialen, kulturellen und sportlichen Angeboten.

Wir fordern die kostenfreie Nutzung aller sozialen und kulturellen Einrichtungen für finanziell bedürftige Familien.

Kostenfreies Frühstück und Mittagessen in Schulen und Kitas einführen

In Hamburg gibt es Kinder, die ohne Pausenbrot und mit leerem Magen in die Schule kommen. Auf der anderen Seite sind deutschlandweit 27 Prozent aller Kinder übergewichtig oder adipös. Eine gesunde Ernährung ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass Kinder und Jugendliche gut lernen und sich gut entwickeln können.

Wir fordern ein kostenfreies, gesundes Frühstück und Mittagessen für alle Kinder und Jugendlichen im schulpflichtigen Alter.

Vor allem Beschäftigungsträger sind mit der Herstellung dieser Mahlzeiten zu beauftragen. Hierfür sind ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.



Für eine Gleichstellung der Geschlechter

- 965.522 Frauen und 933.638 Männer leben in Hamburg
- 1.776 Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung in Hamburg
- 20 Prozent beträgt der Verdienstunterschied zwischen Frau und Mann (Gender Pay Gap)
- 72 Prozent der Frauen verrichten täglich Hausarbeit oder kochen
- 29 Prozent der Männer verrichten täglich Hausarbeit oder kochen
- Brutto-Altersrente nach mindestens 35 Versicherungsjahren in Hamburg:
 - 1.261 Euro erhalten Frauen im Schnitt
 - 1.644 Euro erhalten Männer im Schnitt
- 44 Prozent beträgt der Frauenanteil in der Hamburgischen Bürgerschaft
- 33 Prozent beträgt der Frauenanteil im Senat der Freien und Hansestadt

Geschlechtergerechtigkeit konsequent umsetzen

Nach wie vor sind alleinerziehende Frauen und ihre Kinder erheblich armutsgefährdet. Frauen sind potenziell häuslicher Gewalt ausgesetzt und auch im Internet verstärkt Zielscheibe von Cyber-Mobbing. Sie haben aufgrund der Mehrfachbelastungen von Haushaltsführung, Kinderbetreuung, der Pflege von Angehörigen und Erwerbsarbeit weniger Freizeit. Und Frauen sind nach wie vor in der Landesregierung unterrepräsentiert.

Wir fordern Geschlechtergerechtigkeit in allen Lebensphasen.

Vorreiter für die Gleichstellung werden

Der Senat hat ein gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm vorgelegt. Dies gilt es konsequent umzusetzen. Aber bereits bei der Zusammensetzung des Senats hapert es: Nur jeder dritte Posten ist in der aktuellen Legislaturperiode von einer Frau besetzt. Die Stadt Hamburg sollte Vorreiter werden und aktiv Strategien und Maßnahmen verfolgen, um Frauen, Männer und Menschen mit nichtbinärer Geschlechtsidentität gleichzustellen. Hierfür muss in allen Politikfeldern die Frauen- und Gleichstellungspolitik als Querschnittsthema verankert werden.

Wir fordern eine paritätische Beteiligung an politischen Ämtern. Mitbestimmung von Frauen muss in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens selbstverständlich sein.

In einem Gleichstellungsbericht sollte einmal pro Legislaturperiode über die Lebens- und Arbeitssituation von Frauen in unserer Hansestadt berichtet werden. Hier gilt es auch Fortschritte und Hürden zu benennen. Darüber hinaus sind der Landesfrauenrat und weitere Akteure der Zivilgesellschaft zu beteiligen.

Eigenständige Existenzsicherung von Frauen ermöglichen

Dass Frauen Kinder zur Welt bringen, darf kein Grund für ökonomische Abhängigkeit oder Armut sein. Deshalb sollte die Stadt Hamburg Frauen dabei unterstützen, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen und ihnen den Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Ausbildung und Weiterbildung erleichtern.

Wir fordern, den Wiedereinstieg von Frauen ins Berufsleben und die Rückkehr von Teilzeit in Vollzeit ebenso zu unterstützen wie die Entwicklung flexibler Arbeitsmodelle.

Hierfür ist auch die Einrichtung eines sozialen Arbeitsmarkts unter Beteiligung der Beschäftigungsgesellschaften erforderlich.

Lohnlücke zwischen Frauen und Männern schließen

Auf dem Arbeitsmarkt sind typische „Frauenberufe“ (wie Erzieherin, Krankenschwester oder Verkäuferin) deutlich schlechter bezahlt als sogenannte „Männerberufe“. Und auch, wenn die gleiche oder eine gleichwertige Tätigkeit ausgeübt wird, verdienen Frauen in den meisten Fällen weniger als ihre männlichen Kollegen. Diese Lücke im Einkommen von Frauen im Vergleich zu Männern (Gender Pay Gap) und die steigende Frauenarmut im Alter sind Beispiele dafür, dass die Gleichstellung der Geschlechter in vielen Lebensbereichen immer noch nicht erreicht ist.

Wir fordern die Aufwertung frauentypischer Berufe und eine faire Entlohnung für die Arbeit von Frauen.

Mehr Schutz vor Gewalt an Frauen

Zwei Jahre nach Inkrafttreten der sogenannten Istanbul-Konvention gibt es in Hamburg bei der Umsetzung noch immer konkreten Handlungs-

bedarf. Die Fortschreibung einer Strategie zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt ist hier ein wichtiger nächster Schritt.

Wir fordern, Frauen durch Prävention, Aufklärung, konsequenten Opferschutz und Strafverfolgung vor Gewalt zu schützen.

Beratungs- und Hilfsangebote sollten weiterentwickelt und Anlaufstellen sowie die ärztliche Versorgung ausgebaut werden. In den Frauenhäusern müssen bedarfsgerecht weitere Plätze geschaffen und auch zusätzliche barrierefreie Schutzeinrichtungen müssen aufgebaut werden. Es bedarf mehr würdeschützender Unterkünfte für obdach- und wohnungslose Frauen sowie mehr spezifische, barrierefreie Wohnformen für Frauen mit Suchtproblemen oder psychiatrischen Diagnosen.

Wir fordern mehr barrierefreie Beratungsangebote für Frauen mit psychischen

Erkrankungen oder Behinderungen.

Bundespolitisch für Frauen agieren

Auf Bundesebene werden entscheidende Weichen für die Gleichstellung gestellt.

Wir fordern den Senat auf, sich im Bund für Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen stark zu machen.

Die Landes- und Bundespolitik muss weiterhin alles dafür tun, die Gleichstellung auf allen Ebenen voranzutreiben. So müssen effektive Maßnahmen entwickelt werden, die dafür sorgen, dass sich beispielsweise der Anteil von Frauen in obersten Führungsfunktionen und Aufsichtsräten auf mindestens 50 Prozent steigert. Die Mütterrente darf zudem genauso wenig auf die Grundsicherung angerechnet werden, wie das Kindergeld auf Hartz-IV-Leistungen.



Für eine sozialverträgliche Digitalisierung

- Internetnutzung der Bevölkerung ab zehn Jahren zu privaten Zwecken:
 - 90 Prozent nutzen das Internet insgesamt,
 - 92 Prozent von ihnen jeden Tag oder fast jeden Tag
- Internetnutzung der Bevölkerung ab 65 Jahren zu privaten Zwecken:
 - 76 Prozent nutzen das Internet jeden Tag oder fast jeden Tag
 - 17 Prozent nutzen das Internet mindestens einmal in der Woche
- Internetaktivitäten der Bevölkerung ab zehn Jahren zu privaten Zwecken:
 - 90 Prozent kommunizieren per E-Mail
 - 89 Prozent suchen nach Informationen über Waren und Dienstleistungen
 - 68 Prozent kommunizieren per Videochat oder Online-Telefonie
- 33 Millionen Erwerbstätige arbeiten mit Computern oder computergesteuerter Technik
- 66 Prozent aller Unternehmen betreiben eine Website

Digitalisierung sicher und sozial gestalten

Die Digitalisierung findet seit Jahrzehnten als technischer Veränderungsprozess statt und hat zu einem weitreichenden Strukturwandel geführt. Heute ist die Digitalisierung ein fester Bestandteil unseres Alltags. Merkmale sind rasante Veränderungen, überbordende Informationsflut, steigende Komplexität von Prozessen sowie eine Vielzahl an neuen Impulsen. Die fortlaufende Digitalisierung wirkt sich auf alle Lebensbereiche aus und beeinflusst, wie wir leben, arbeiten und miteinander interagieren. Sie eröffnet neue Chancen, birgt aber auch Risiken und weckt Ängste bei den Menschen.

Wir fordern, die Digitalisierung als allumfassenden Struktur- und Lebenswandel sozial zu gestalten.

Künstliche Intelligenz, Algorithmen und selbstfahrende Autos sind Technologien und Entwicklungen im Zuge der Digitalisierung. Ihre scheinbar maßlose Komplexität überfordert viele Menschen und macht ihnen Angst, abgehängt zu werden. Sie sorgen sich vor Erwerbslosigkeit, befürchten die totale Überwachung, fühlen sich einsam, ausgeschlossen und entmündigt. Auf der anderen Seite sind diejenigen, die neuen Technologien grundsätzlich positiv gegenüberstehen, weil sie das Leben angenehmer und einfacher machen. Für sie ist die Digitalisierung Versprechen und Hoffnung zugleich – auf bessere Arbeit und Gesundheit, mehr Teilhabe und Unterstützung, mehr Möglichkeiten und Freiheiten.

Wir fordern, dass Digitalisierung für alle zugänglich ist.

Niemand darf, weil das Verständnis oder das Geld fehlt, um technisch Schritt zu halten, von der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Zwar kann Digitalisierung Barrieren abbauen, Zugänge öffnen und Gleichberechtigung fördern. Gleichzeitig dürfen durch sie jedoch keine

neuen Ungerechtigkeiten entstehen. Gerade in Krisenzeiten ist es wichtig, dass alle in der Gesellschaft die Möglichkeit haben, sich über das Netz und die neuen Medien zu informieren.

Wir fordern kostenlose Ladestationen und WLAN-Hotspots in allen Stadtteilen und Pflegeeinrichtungen.

In den meisten Pflegeeinrichtungen sind die Möglichkeiten zur Nutzung von digitalen Medien für die Bewohnerinnen und Bewohner nicht vorhanden oder nur begrenzt verfügbar. Um in Kontakt zu bleiben, sich zu informieren und Teilhabeoptionen zu bieten, müssen aber entsprechende Voraussetzungen geschaffen und technische Geräte zur Verfügung gestellt werden.

Digitalisierung muss immer dort kontrolliert und reguliert werden, wo sie die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung, die Rechte und Freiheiten der Menschen einschränkt, riskiert oder verletzt.

Wir fordern den höchstmöglichen Schutz von Daten und Persönlichkeitsrechten.

Dazu zählt die Verpflichtung zur Manipulationsfreiheit, das garantierte Recht auf informationelle Selbstbestimmung und die individuelle Datensouveränität.

Digitale Vernetzung und analoges Miteinander gewährleisten

Ob Social Media, Virtual Reality oder Messenger-Apps: die Digitalisierung bietet zahllose Möglichkeiten zur Präsentation und Selbstdarstellung, zum Kontakt, Austausch und zur Vernetzung. Aktuell erleben wir völlig neue Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und zwischenmenschlichen Interagierens. Digital wird die Distanz zwischen den Menschen immer kürzer, das Gegenüber ist nur wenige Klicks entfernt. Sich auszutauschen wird so immer einfa-

cher. Zugleich werden soziale Kontakte oftmals flüchtiger und beliebiger. Einerseits macht dies das soziale Miteinander und die soziale Teilhabe einfacher, andererseits fühlen sich viele Menschen einsam.

Wir fordern, neben der digitalen Vernetzung das analoge Miteinander nicht zu vernachlässigen.

Während der Corona-Pandemie machen viele Menschen die Erfahrung, dass digitale Veranstaltungen, Online-Konferenzen und die Arbeit im Homeoffice, neue Möglichkeiten des Austauschs und der Vernetzung bieten – und nicht nur das Miteinander, sondern auch das Leben erleichtern können.

Öffentliche Verwaltung digital und vor Ort anbieten

Hamburger Behörden, Bezirke und Landesbetriebe bieten zahlreiche Verwaltungsdienste inzwischen digital an. Viele einfache Anträge können online ohne den Gang auf das Amt gestellt werden. Dies erleichtert vielen Menschen den Kontakt mit den Einrichtungen der Stadt. Gleichzeitig sind zahlreiche Menschen auf die öffentlichen Dienstleistungen vor Ort angewiesen, weil ihnen die technischen Kenntnisse und Möglichkeiten fehlen, um ihre Amtsgeschäfte online zu erledigen. Auch ist der persönliche Kontakt manchmal notwendig, wenn Menschen Rat und Unterstützung suchen.

Wir fordern Behörden und Ämter, die ihre Dienste digital und verlässlich vor Ort anbieten.

Digitale Gesundheitstechnik zum Wohle der Menschen einsetzen

In Praxen und Kliniken gehört es zum Alltag Informationen über Patientinnen und Patienten auf Papier zu sammeln und auszutauschen. Digitalisierung im Dienst der Gesundheit kann dafür

sorgen, dass Informationen schneller bei den behandelten Personen, dem ärztlichen Fachpersonal, Pflegekräften oder Therapeutinnen und Therapeuten ankommen und verwendet werden können. Beispiele für nützliche Technologien sind elektronische Patientenakten, Gesundheits-Apps und die Sprechstunde per Video. Sie helfen dabei, dass Menschen schneller und wirksamer geholfen werden kann.

Wir fordern die Nutzung von sinnvollen digitalen Technologien mit hohen Datenschutzstandards im Gesundheitsbereich.

Digitale Technologien sollten zu einem selbstverständlichen Teil der Gesundheitsversorgung werden. Allerdings gilt es zu verhindern, dass Informationen von Patientinnen und Patienten in die falschen Hände gelangen oder Versicherungen die Daten nutzen, um das Verhalten von Menschen zu bewerten und zu steuern. Auf keinen Fall darf es Diskriminierungen geben.

Wir fordern einen verantwortungsvollen und diskriminierungsfreien Einsatz digitaler Gesundheitstechnologien.

Für viele Menschen sind Ärztinnen und Ärzte wichtige Bezugspersonen. Ihre zentrale Aufgabe ist es, Gesundheit zu erhalten, Krankheiten vorzubeugen und zu heilen. Ebenso wichtig ist es aber auch, die Menschen, die sich in Behandlung begeben, gut und richtig zu informieren und zu betreuen. Hierfür muss es weiterhin persönliche Sprechstunden geben.

Wandel der Arbeitswelt sozial gestalten

Roboter, neue Technologien und künstliche Intelligenz verändern die Arbeitswelt fundamental. Die Folge ist ein technologiebedingter Strukturwandel von Arbeit und Beschäftigung, der neue Chancen bietet. Immer komplexere und robustere Maschinen entlasten Menschen von riskanten und gesundheitsschädlichen

Tätigkeiten. Vor allem einfache Arbeiten, die Algorithmen folgen und nur eine geringe Qualifikation erfordern, können zunehmend Maschinen übernehmen und den Menschen ersetzen. Aber auch hochwertige Arbeiten, die klaren Strukturen folgen, können ersetzt werden. Gleichzeitig entstehen etliche neue Berufe, die allerdings oftmals IT-Kenntnisse oder umfangreiche Computererfahrung sowie ein höheres oder anderes Bildungs- und Qualifikationsniveau erfordern. Hinzu kommt eine zunehmende Flexibilisierung der Arbeit, sowohl zeitlich als auch räumlich.

Wir fordern, den technologiebedingten Wandel der Arbeitswelt im Sinne und zum Wohle der Beschäftigten zu gestalten.

Damit die Menschen diesen Weg mitgehen können, müssen die dafür nötigen Voraussetzungen geschaffen werden, zum Beispiel durch Qualifikations- und Weiterbildungsoffensiven.

Viele haben bereits Erfahrungen mit mobilem Arbeiten gemacht. Arbeitszeiten lassen sich dabei oft flexibler einteilen als im Büro. Der Nachteil ist, dass die Grenzen zwischen Arbeit und Privatleben verschwimmen können. Mobiles Arbeiten bedarf klarer Regeln, damit es funktionieren und mehr Chancen als Risiken für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch für die Unternehmen hat.

Wir fordern gesetzliche Standards für mobiles Arbeiten.



Für demokratische Teilhabe

Bürgerschaftliches und zivilgesellschaftliches Engagement, wie auch besondere Bürgergremien zur Mitwirkung und Kontrolle in den Landesbehörden, müssen mehr Berücksichtigung finden. Wir erwarten grundsätzlich mehr Möglichkeiten der Mitgestaltung.

Freiwilliges Engagement stärken

Das Engagement von Akteurinnen und Akteuren der Zivilgesellschaft sowie der Bürgerinnen und Bürger unserer Hansestadt muss vermehrt aufgegriffen werden, um aktive Formen der Beteiligung auch langfristig zu fördern.

Beständige Dialogforen mit dem Senat und den Bezirken über drängende Themen, wie die soziale Spaltung der Gesellschaft, den sozial-ökologischen Umbau Hamburgs oder eine soziale Mobilitätswende, könnten dazu beitragen. Digitale Plattformen sollten diese Ansätze ergänzen. Dabei wünschen wir uns, dass auch über diese Wege die geschlechtergerechte Partizipation weiter vorangebracht wird.

Barrierefreie Möglichkeiten der Teilhabe sollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und die parlamentarische Demokratie festigen. Die Förderung des bürgerschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Engagements ist eines der Grundanliegen des SoVD Hamburg.

Wir fordern mehr Dialog zwischen dem Senat und den Hamburgerinnen und Hamburgern.

Deputationen erhalten und neu denken

Deputationen haben eine lange Tradition in unserer Stadt. Sie sind ein wichtiges Beteiligungsgremium für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch eine wichtige Kontroll- und Beratungsinstanz für die Behörden. Statt einer Abschaffung plädieren wir für eine sachgerechte Reform der Deputationen. Die verordnete Vertraulichkeit der Sitzungen wäre dann passé, Sitzungstermine, -unterlagen und Tagesordnungen sollten möglichst öffentlich gemacht werden.

Eine Abschaffung der Deputationen beschneidet zum Beispiel empfindlich das Mitwirkungsrecht der Seniorinnen und Senioren – und schränkt die Rechte des Landes-Seniorenbeirats ein. Die Möglichkeit, Vorschläge und Anregungen, die abschlägig beschieden wurden, über die Deputation zur Befassung zu bringen, besteht dann nicht länger. Bei einer Neuaufstellung der Bürgergremien empfehlen wir, wenigstens ein Drittel der Sitze an bedeutende Kräfte der Zivilgesellschaft zu verteilen. So könnte eine breite und umfassende Bürgerbeteiligung entstehen.

Wir fordern eine Neuauflage der Deputationen und mehr Mitsprache der Zivilgesellschaft.



Für eine sozial gerechte Bundespolitik

Sozialpolitik fällt in weiten Bereichen in die Kompetenz des Bundes. Hamburg braucht dort deshalb eine starke soziale Stimme. Vom Senat erwarten wir erfolgreiche Gesetzesinitiativen im Bundesrat, zu den drängenden sozialpolitischen Aufgaben der nächsten Jahre.

Solidarische Steuerreform umsetzen und Schuldenbremse aussetzen

Um für einen umfassenden sozialen Ausgleich in unserer Gesellschaft zu sorgen, die Finanzierung öffentlicher Aufgaben zu sichern und die vorhandenen finanziellen Ressourcen besser zu verteilen, sind Änderungen im Steuerrecht erforderlich, die sicherstellen, dass die Finanzstarken entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben mehr beteiligt werden. Durch die Corona-Krise ist es erforderlich, die Schuldenbremse auf längere Sicht auszusetzen, um eine weitere Spaltung der Gesellschaft zu verhindern.

Wir fordern eine solidarische Steuerreform und ein längeres Aussetzen der Schuldenbremse.

Kinderrechte stärken und Kinderarmut verhindern

Kinder sind Individuen in einer besonderen Lebensphase und haben gemäß der UN-Kinderrechtskonvention ein Recht auf besonderen Schutz und Unterstützung. Dieses Recht muss in unserem Grundgesetz verankert werden – um kindliche Interessen zu wahren und immer dann, wenn sie missachtet oder verletzt werden verfassungsrechtlich dagegen vorgehen zu können. Auch gerichtliche Entscheidungen in unteren Instanzen müssten sich dann an den in unserer Verfassung ausformulierten Grundrechten der Kinder orientieren.

Wir fordern, Kinderrechte zu stärken und im Grundgesetz sowie in der Hamburger Landesverfassung zu verankern.

Mehr als 70.000 Kinder und Jugendliche in Hamburg und damit über 22 Prozent unserer jungen Mitbürgerinnen und Mitbürger leben heute in Armut oder sind von Armut bedroht. Kinderarmut ist eng verknüpft mit dem Elternhaus. Um die Teilhabe- und Bildungsmöglichkei-

ten für alle Kinder und Jugendlichen deutlich zu verbessern, bedarf es einer eigenständigen Kindergrundsicherung.

Wir fordern eine Kindergrundsicherung, damit sich Teilhabe- und Bildungsmöglichkeiten unabhängig von der sozialen Herkunft verbessern.

Rentenversicherung zu Erwerbstätigenversicherung fortentwickeln

Vordringlich ist, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Laufe ihres Erwerbslebens durch gute Arbeit und gute Löhne eine Rente erwerben können, die spürbar über der Bedürftigkeitsgrenze liegt. Die Rentenpolitik muss der wachsenden Altersarmut mit Nachdruck begegnen und die Rückkehr zu einer lebensstandardsichernden Rente mit einer deutlichen Anhebung und Stabilisierung des Rentenniveaus einläuten.

Wir fordern die Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung.

Soziale Existenzsicherung garantieren und weiter ausbauen

Die Grundsicherung geht an den tatsächlichen Bedarfen der Menschen vorbei. Es ist notwendig, die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts zu einer Unterstützung weiterzuentwickeln, die bedarfsgerecht ist. Steigende Mieten und Energiepreise müssen durch eine kräftige Anpassung des Wohngelds aufgefangen werden.

Wir fordern eine garantierte existenzsichernde Mindestsicherung.

Die Hartz-Reformen haben das Ziel verfehlt, die Arbeitslosigkeit zu senken. Einzelne Teile wirken sogar kontraproduktiv. Hartz IV ist zur Armuts-

falle geworden und sollte zugunsten eines einheitlichen Arbeitslosensystems, das Armut verhindert, abgeschafft werden. Die Anspruchsvoraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld I sind zu erleichtern und die Dauer des Leistungsbezugs ist auszuweiten. Nicht zu verhindernde Übergänge vom Arbeitslosengeld I zum Arbeitslosengeld II müssen finanziell abgedeckt werden. Ein zusätzliches „Arbeitslosengeld II Plus“, das neben dem Arbeitslosengeld II gewährt wird und im Anschluss an den Bezug von Arbeitslosengeld I beansprucht werden kann, sollte eingeführt werden.

Wir fordern eine Arbeitslosenversicherung, die einen grundsätzlichen Schutz bei Arbeitslosigkeit bietet.

Arbeitsmarkt reformieren und gesetzlichen Mindestlohn von 13 Euro einführen

Damit die Menschen auch von ihrer Arbeit leben können, muss der Niedriglohnsektor gesetzlich reformiert werden. Dazu gehört einerseits der Abbau von Mini- und Midijobs, von Zeit- und Teilzeitarbeitsverhältnissen sowie Befristungen. Andererseits sollte es eine regelmäßige, der wirtschaftlichen Entwicklung angepasste, Anhebung des Mindestlohns geben.

Wir fordern den Abbau prekärer Beschäftigung und einen Mindestlohn, der jedes Jahr angepasst wird.

Sozialen und chancengerechten Arbeitsmarkt aufbauen

Damit insbesondere Langzeitarbeitslose, Menschen mit Behinderung und Alleinerziehende eine Chance auf Integration in Arbeit haben, sind der Aufbau eines sozialen Arbeitsmarkts mit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen sowie weitere Verbesserungen nötig. Wirksame Bundesprogramme

könnten zusätzlichen Schub verleihen.

Wir fordern den Aufbau eines sozialen und chancengerechten Arbeitsmarkts.

Eingliederungshilfe und Bundesteilhabegesetz (BTHG) weiter reformieren

Menschen mit Behinderung müssen selbstbestimmt leben und sich eigenständig vor Armut schützen können. Mit der Einführung des BTHG sollte die Eingliederungshilfe aus dem Fürsorgerecht herausgelöst und ein modernes Teilhaberecht im SGB IX geschaffen werden. Im Verfahren der Bedarfsermittlung und der Feststellung des Anspruchs auf Eingliederungshilfe sollten Betroffene nicht mehr Objekt von Verwaltungsentscheidungen, sondern Partnerinnen und Partner auf Augenhöhe sein. Das muss konsequent umgesetzt und möglich gemacht werden.

Wir fordern weitere Reformen der Eingliederungshilfe und des Bundesteilhabegesetzes.

Kranken- und Pflegekasse in solidarische Bürgerversicherungen umwandeln

In der strukturellen Ausgestaltung der Kranken- und Pflegeversicherung bestehen deutliche Missstände. Dies zeigt sich an dem anhaltenden medizinischen und pflegerischen Versorgungsnotstand, den Einschränkungen von Leistungen und den weiter steigenden Eigenanteilen. Auch angesichts der großen Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft, ist eine Fortentwicklung der Bereiche Gesundheit und Pflege notwendig. Denn die Kranken- und Pflegeversicherung sollte langfristig alle Menschen solidarisch absichern.

Wir fordern den Ausbau der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung zu einer solidarischen Bürgerversicherung.

Soziale Härte kann jeden treffen. Wir schützen Sie vor den Folgen!

Individuell
Engagiert
Zuverlässig

Auch in Ihrer Nähe!

Jetzt Mitglied werden:

www.sovd-hh.de

oder anrufen:

040 / 611 60 70

Damit Sie auch in Zukunft lächeln können

Ob Rente, Pflege, Kranken- oder Unfallkasse, Schwerbehinderung, Arbeitslosengeld, Grundsicherung oder Sozialhilfe: Mit unserer Beratung und Vertretung im Sozialrecht sind wir an Ihrer Seite. Seit über 100 Jahren.

Sozialverband Deutschland
Landesverband Hamburg

SOVD

IMMER IN IHRER NÄHE

Beratung im Sozialrecht

In unseren hamburgweiten Beratungsstellen stehen wir unseren Mitgliedern vor Ort mit Rat und Tat zur Seite

Altona

BiB Bürgertreff Altona-Nord
Gefionstr. 3
22769 Hamburg

Bergedorf

BAG Behinderten Arbeitsgemeinschaft
Marktkauf-Center, 1. Stock
Alte Holstenstr. 30
21031 Hamburg

Harburg

SoVD-Beratungszentrum
Winsener Str. 13
21077 Hamburg

Lokstedt

Bürgerhaus Lenzsiedlung
Julius-Vosseler-Str. 193
22527 Hamburg

St. Georg

Mieterverein zu Hamburg
Beim Strohhouse 20
20097 Hamburg



Barmbek

SoVD-Beratungszentrum
Pestalozzistr. 38
22305 Hamburg

Farmsen

BFW Berufsförderungswerk
Haus W, Raum 034
Marie-Bautz-Weg 11
22159 Hamburg

Langenhorn

Bürgerhaus Langenhorn
Tangstedter Landstr. 41
22415 Hamburg

Lurup

SoVD-Beratungszentrum
Luruper Hauptstr. 149
22547 Hamburg

Steilshoop

Das Café - Alraune
Schreyerring 27
22309 Hamburg

Bildquellen

Titel: Yakobchuk Olena / stock.adobe.com
S. 3, S. 8, S. 44: Halfpoint / fotolia.com
S. 6: rcfotostock / stock.adobe.com
S. 8, S. 12: mapoli-photo / stock.adobe.com
S. 8, S. 15: LIGHTFIELD STUDIOS / stock.adobe.com
S. 8, S. 26: Kara / stock.adobe.com
S. 8, S. 29: Kzenon / fotolia.com
S. 8/9, S. 33: Cherries / stock.adobe.com
S. 8, S. 47: Blue Planet Studio / stock.adobe.com
S. 9, S. 19: yanadjjan / stock.adobe.com
S. 9, S. 22: oneinchpunch / stock.adobe.com
S. 9, S. 36: NDABCREATIVITY / stock.adobe.com
S. 9, S. 40: Robert Kneschke / stock.adobe.com
S. 9, S. 51: Rawpixel.com / stock.adobe.com
S. 9, S. 53: WavebreakmediaMicro / stock.adobe.com

Datenquellen

Die Sozialdaten und statistischen Angaben entsprechen dem aktuellen Stand zum Zeitpunkt der Drucklegung.

Redaktion

Jan-Martin Bettich
Heide Pusch
Klaus Wicher

Lektorat

Stefanie Illigen
Susanne Rahlf

Layout

Stefanie Illigen

© SoVD Hamburg, November2020

IMPRESSUM

Sozialverband Deutschland e.V. (SoVD)
Landesverband Hamburg
Pestalozzistraße 38
22305 Hamburg
Tel. 040 611607-0
Fax 040 611607-50
info@sovd-hh.de
www.sovd-hh.de

Als gemeinnütziger, parteipolitisch und konfessionell neutraler Verband finanzieren wir unseren sozialen Auftrag unabhängig von Interessen Dritter.

Individuell. Engagiert. Zuverlässig. Seit über 100 Jahren.